

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Mus.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat,
1,50 M. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Berle- und Wechselungs-Anzeigen lösen die siebengesparten
Kolonialzettel oder deren Raum 25 Pf., im reklamatorischen Teil 1 M.
Geschäftsanzeigen werden nach Erledigung der laufenden Aufträge
nicht mehr aufgenommen.

Telephon-Nr. 98. Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe. Telegramm-Adresse: **Verband Bochum**

Unterlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Abschrift unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum.
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem
bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Ausnahme gelangen.

Die Bergarbeiterverbände gegen den Unternehmerhochmut.

Blut ist dicker wie Wasser . . .

Sagt länger als Jahresfrist schien es, als ob jene Leute auf immerdar triumphaleren sollten, deren Geschäft es ist, die Bergarbeiter zu verschlafen und zu pflegen. In diesem Zeitraum standen sich die vereinzelten Bergarbeiterverbände geradezu wie feindliche Hiere gegenüber, zum Gaiblum der Bergarbeiterzerstörer und der Grubenbesitzer. Wie weit es gekommen war, zeigt die letzte Reichsfinanzreform und deren Einflug auf die Haltung der Bergarbeiterverbände. Die gewaltige Steuerbedrückung hat es nicht vermocht, die Bergarbeiter zu einer gemeinschaftlichen Aktion gegen die Volkswohlförderung zusammenzuschweißen. Vielleicht wäre dann doch etwas anderes geworden. Mit Recht launten also die Arbeiterhände auf die gegenseitige Bekämpfung der Bergarbeiter blicken, die politisch zerfahren, in Wohn- und Lebensfragen immer nur den einen Weg finden sollten, den der gemeinschaftlichen Abwehr gegen jede Arbeiterbedrückung. Im Grunde genommen bilden die Bergarbeiter doch eine einzige große Familie, alle sind den gleichen Feinden unterworfen, allen drücken dieselben Fesseln. Wenn dennoch die Wege der Bergarbeiterverbände auseinandergehen, dann freilich muß man es sich gefallen lassen, wenn die Grubenbesitzer diese Gelegenheiten wahrnehmen, um zu immer neuen Schlägen gegen die Bergarbeiterfamilie auszuholzen. Das es so ist, ist schon schlimm für die Bergarbeiter. Schlimmer aber noch, wenn sich ein großer Teil der Bergarbeiter überhaupt nicht befreit zu rüsten gegen brutale Angriffe der Werksherren. Es ist ein Unglück für die Bergarbeiter, daß es unter ihnen so viele gibt, die immer noch nicht den Weg zur Organisation finden können. Die Unorganisierten hängen wie ein Bleigewicht an den Kämpfern der Bergarbeiter um ihre Rechte. Sie sind mit die Hauptshuldigen, daß die Werksherren es noch vermögen fortgesetzt die brutalen Maßnahmen gegen die Bergarbeiter zu richten. Wie, wenn die Bergarbeiter sich besänken, einig und geschlossen den Grubenbesitzern Trost böten, sich zusammenzulösen zur gemeinsamen Abwehr gegen jede Art der Arbeiterbedrückung! Ob die Grubenbesitzer es dann noch wagen könnten, die Hunderttausende Bergslaven in fortgesetzter Unruhe zu halten? Nein, sie würden es nicht wagen! Und manche Not und Elend das Dasein der Bergarbeiter führt, da niemand werden für die Freiheit gewerkschaftlicher Arbeit. Überhaupt für die Kämpfe der Bergarbeiter, ihre Not, ihr Elend, dann ist es ein Verbrechen, sich abseits der kämpfenden Bergarbeiterfamilie zu stellen. Das muß den Unorganisierten immer wieder gezeigt werden. Und wir hegen den dringenden Wunsch, daß die Unorganisierten endlich auf die Mahnungen ihrer organisierten Kameraden hören und zur Besinnung kommen. Nur so kommen wir zum Ziele.

Blut ist dicker wie Wasser! Das Zusammensetzen der Bergarbeiterverbände in der Frage des Arbeitsnachweises, den die Grubenbesitzer den Ruhrbergleuten aufzwingen wollen, beweist es aus neuer. Nun haben wir es gezeigt, daß es Dinge gibt, über die sich keiner hinwegsetzen kann. Wenn die Störer der Bergarbeitervereinigung, die Arbeiterzerstörer, vermeinen ihr Werk vollendet zu haben, dann treibt Unternehmerhochmut die zerstreuten Scharen der Bergarbeiter wieder zusammen. In erster Linie finden sich die Verbände wieder und schließlich schließen sich auch die Indifferenzen den Kämpfern ihrer organisierten Arbeitskameraden an — wenn leider auch zu spät. So war es bis heute. Ob das ein erfreulicher Zustand ist, darüber wollen wir uns hier nicht ausschließen. Das aber kann gesagt werden. Es muß zu vermeiden sein, daß die Bergarbeiter ihre in der Zeit der höchsten Not sich zusammenfinden. Sie sollen sich rüsten zur rechten Zeit, dann bleiben uns manche Angriffe durch die Werksherren und manche Enttäuschungen erspart. Die Bergarbeiter müssen zu jederzeit zusammen, weil Blut dicker ist wie Wasser . . .

Die Eingaben der vier Bergarbeiterorganisationen.

Wie wir schon mitteilten, haben die Vorstände der vier Bergarbeiterorganisationen im Ruhrbecken in einer gemeinsamen Sitzung einstimmig beschlossen, an den Vorstand des Zechenverbandes, wie an den Minister für Handel und Gewerbe und ferner an das Oberbergamt zu Dortmund je eine Eingabe zu richten, in der die Aufhebung eines Zwangsarbeitsnachweises gefordert wird.

Die Eingaben haben folgenden Wortlaut:

"An den wohlhabenden Vorstand des Zechenverbandes für den rhein.-westfäl. Industriebezirk.
z. B. des Vorsitzenden Herrn Bergrat Kleine
Dortmund."

Wie durch die Tagespresse bekannt geworden, hat der obenbezeichnete Verband in einer am 12. Oktober d. J. stattgefundenen Generalversammlung beschlossen, für den rheinisch-westfälischen Steinohlenbezirk einen einheitlichen Zwangsarbeitsnachweis einzurichten. Der Hauptzweck dieses Arbeitsnachweises soll Essen sein, daneben sollen noch etwa 15 bis 18 Nebennachweistellen errichtet werden.

Die Aufgabe des Arbeitsnachweises soll sein, den dem Zechenverband angehörenden Werken und zugehörigen Nebenanlagen Arbeitskräfte zu vermitteln. Letztere dürfen nur durch Vermittlung des Arbeitsnachweises einheimische Arbeiter anlegen. Die Bergarbeiter würden also dadurch gezwungen, beim Wechsel der Arbeitsstelle, sei es infolge eigener Kündigung oder bei erfolgter Kündigung durch die Werksverwaltung, den Arbeitsnachweis zu benutzen. Die Arbeitsnachweistellen und Zechenverwaltungen dagegen haben nach eigenem Ermessens darüber zu befinden, ob sie die Arbeitssuchenden anlegen wollen oder nicht. Hat ein Arbeitssuchender eine Arbeit angenommen, findet sich aber innerhalb zweier Werktagen des für den Arbeitsantritt festgesetzten Termins ohne hinreichende Entschuldigung auf der Zeche nicht ein, so wird er durch die nächsten zwei Wochen von jeder Arbeit auf den Zechenverband angehörenden Werken ausgeschlossen. Das Gleiche tritt ein, wenn ein Arbeiter unter Kontraktbruch die Arbeit niederlegt oder infolge Kontraktbruchs von der Zeche entlassen wird. Zugestanden wird, daß unerwünschte Elemente von der Arbeit ferngehalten werden sollen.

Das sind, soweit sie durch die Presse bekannt geworden sind, die Grundzüge, nach denen der Arbeitsnachweis eingerichtet werden soll.

Der geplante Arbeitsnachweis wird für die Bergarbeiter schwere Nachteile im Gefolge haben. Wenn der Arbeitsnachweis so eingerichtet wird, wie er nach Vorstehendem vom Zechenverband geplant ist, so wird den Bergarbeitern das gesetzlich gewährte und unentbehrliche Recht der Freizügigkeit und der Organisation genommen, bzw. eingeschränkt.

Der Arbeiter muss das Recht haben, wenigstens dann frei über seine Arbeitskraft verfügen zu können, wenn er die Arbeitsstelle wechselt. Dieses Recht würde den in Frage kommenden Bergarbeitern genommen, wenn der Arbeitsnachweis so eingerichtet würde, wie ihn der Zechenverband geplant hat.

Es kommt hier noch in Betracht, daß der Registrier für den den einsetzenden Zwangsarbeitsnachweis geplant ist, sehr groß ist, der Arbeiter

also durch die Zuweisung einer anderen Arbeitsgelegenheit gezwungen werden kann, seine Wohnung zu wechseln. Das Recht der Freizügigkeit ist dadurch illusorisch gemacht.

Es ist schwer zu berücksichtigen, daß die Arbeiter im Ruhrbergbau vielfach gezwungen sind, die Arbeitsstelle zu wechseln, wenn sie bestehenden Missständen entgehen und insbesondere zu den oft einseitig festgesetzten und zu niedrigen Gehaltssätzen nicht arbeiten wollen. Der Tribut der Selbstverhaltung und die Sorge um die Familie zwingt sie dazu. Auf diese Weise ist oft die Kontraktstreitigkeit zurückzuführen.

Durch den Zwangsarbeitsnachweis würde auch das dem Bergarbeiter nach § 83 des Allgemeinen Preußischen Berggesetzes zustehende Recht der sozialen Lösung des Arbeitsverhältnisses illusorisch gemacht.

Zu der Praxis müsste der einseitige Zwangsarbeitsnachweis für die Bergarbeiter viel schlimmere Schäden im Gefolge haben, wie das bisher hier angewandte System der Schwarzen Listen. Es ist deshalb begreiflich, daß sich der Bergarbeiter und der Bevölkerung im Ruhrgebiet eine große Aufregung bemächtigt hat. Die unterzeichneten Vorstände der Bergarbeiterorganisationen haben in einer Eingabe an den Zechenverband, wovon Abschrift beilegt, gebeten, von der Errichtung des Arbeitsnachweises in der geplanten Form abzusehen und eventuell einen Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage zu errichten. Wenn der Zechenverband dem berechtigten Wunsche des Arbeiter nicht entspricht, so werden erste Konflikte, die die schlimmsten Folgen für unsere Volkswirtschaft haben können, unvermeidlich sein.

Wir bitten deshalb Eure Exzellenz, im Interesse des wirtschaftlichen Friedens zugunsten der Arbeiter vermittelnd einzutreten zu wollen. Gleichzeitig bitten wir die Vorstrebungen auf Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise auch gesetzgeberisch unterstützen zu wollen und die Einführung von Tarifverträgen im Bergbau möglichst zu fördern. Denn eine der Hauptursachen des vielfachen Belegschaftswechsels dessen Einschränkung angeblich die Einführung des Arbeitsnachweises bewirkt soll, würde durch die Einführung von Tarifverträgen fast völlig beseitigt.

Bochum, den 19. Oktober 1909.

Hochachtungsvoll!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

J. V.: Sachse.

Gewerkschaft der Bergarbeiter Deutschlands.

J. V.: Möller.

Polnische Berufsvereinigung (Bergarbeiterabteilung).

J. V.: Sosinski.

Gewerkschaft der Bergarbeiter (Hirsch-Dünker).

J. V.: Schmidt.

P. S. Abschrift dieser Eingabe haben wir dem Königlichen Oberbergamt in Dortmund zur Kenntnisnahme zugesandt. Antwort erbitten wir an den Erstunterzeichneten."

Zuvor die Eingaben, die als erster Schritt zur Abwehr gegen den Werkbesitzer sein gelten sollen.

Die Antwort der Grubenbesitzer

ist bis zur Stunde, wo wir dies schreiben, noch nicht eingetroffen. Ebenso wenig hat sich der Minister, wie das Oberbergamt erklärt. Wie die Antworten ausfallen werden, wissen wir selbst also noch nicht, wohl aber weiß die "Rheinisch-Westfälische Zeitung" in ihrer Abendausgabe vom 20. Oktober in auffälliger Schrift folgendes zu berichten:

"Erfurt, 20. Oktober. Wie wir von maßgebender Stelle aus bergbaulichen Kreisen erfahren, dürfte der Zechenverband es überhaupt ablehnen, mit den Bergarbeiterverbänden über die Einführung des Arbeitsnachweises zu verhandeln. Der Zechenverband steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die in der Siebenkommission vertretenen Arbeiterverbände keine Vertretung der Gesamtbetriebsarten darstellen. Außerdem muß der Zechenverband es ablehnen mit Leuten in Beratungen einzutreten, die fortgesetzte Bergwerksbesitzer in der Presse, in Versammlungen beschimpfen und die Arbeiterschaft in feindseliger Weise verhöhnen. Auch hat es sich bei früheren Gelegenheiten ja wiederholt gezeigt, daß die Verbände keinen ausschlaggebenden Einfluß bei den Belegschaften besitzen, und gar nicht in der Lage sind Abmachungen bei den Arbeitern durchzusetzen, die den radikalen Elementen nicht behagen."

Es mag sein, daß diese Zeilen des Grubenbesitzerorgans nur den Wunsch ausdrücken, wie die Werkbesitzer handeln sollen. Über die Eingaben selbst hat der Zechenverband bis dahin noch nicht beraten können, weil ihm die Eingabe erst an diesem Tage zugelaufen. Wir stellen zunächst fest, daß die Eingaben sich in sehr sachlichen Rahmen bewegen und daß ihre Einwendungen gegen den Zwangsarbeitsnachweis durchschlagend sind, für die Ablehnung dieses geplanten Instituts. Die Grubenbesitzer mögen zeigen, ob sie ihre Zeit verstehen. Mit der einfachen Brüderlichkeit der Bergarbeiterverbände geht es nicht weiter. Wer das will, macht sich nur lächerlich.

Dass die Meinung der organisierten Bergarbeiter schon heute nicht mehr zu megen ist, das sollte nur doch jedem vernünftigen Menschen einleuchten. Wie stark diese Meinung ist, das haben die Vorgänge der letzten Jahre in der Gesetzgebung, wie auf dem Gebiete des Gewerbeaufsatzwesens gezeigt. Den Bergarbeitern, und das soll man nicht vergessen, ist auch die öffentliche Meinung zugegangen. Und das wird noch mehr der Fall sein, je mehr man besteht, daß die Organisationen der Bergarbeiter zu ignorieren. Eine Antwort, wie sie die "Rheinisch-Westfälische Zeitung" schon in Vorarl dem Zechenverband in den Mund legt, würde darum nichts weiteres sein, als die Antwort blindwütiger und rücksichtiger Prothen, die sich auf den Augenblick versteifen und auf ihre Geld machen! Beides aber hat die Grubenbesitzer mehr wie einmal schon getanzt und davon sollten sie lernen. Tun sie es nicht, dann, wie gesagt, machen sie sich nur lächerlich.

Freilich sie können jede Mitwirkung der Bergarbeiterverbände bei den Arbeitsnachweisen ablehnen. Dazu haben sie zur Zeit die Macht. Die Grubenbesitzer können sich auch Minister und das Oberbergamt für sich warm halten. Aber eins ist gewiß, daß dann die volkswirtstende Gesetzgebung auch noch ein Wörtchen mitzureden hat.

Es darf nicht sein, daß in einem für unser ganzes

Volks- und Weltmaisterstaat so unmöglich

Industriezweig eine Handvoll Leute schalten und wälzen können, wie sie wollen.

Diese Auffassung ist längst in weite Weltkreise gedrungen und dem müssen auch die Grubenbesitzer Rechnung tragen. Geht es den Weg, wohin sie mit dem Arbeitsnachweis wollen, dann gibt es keinen Frieden mehr. Dafür wird die Praxis solcher Arbeitnehmer schon sorgen.

Pläne des Bechenverbandes.

Geht der Plan des Bechenverbandes, den Arbeitsnachweis zu erreichen, durch, dann wird wahr, was auf der Tagung der mittel-europäischen Wirtschaftsvereine am 17. Mai 1909 in einem Vortrage der Wirtschaftssekretär Dr. M. v. Stopenk in Steiermark über die Frage der Arbeitsnachweise zum Ausdruck brachte. Er sagte:

"Seiner Natur nach ist ... auch den Arbeitsgebietes der Arbeitsnachweis nur Mittel zum Zweck: Er soll neben Sichtung und Vermittelung des nötigen Arbeitermaterials vor allem zu einer Kontrolle über Streikende und ausgesetzte Arbeiter dienen, die Bahnlegung von Streikenden, einen Einfluss auf die Lohnfrage gewährleisten und durch das alles die Macht der Unternehmerverbände stärken."

Damit sind die wirklichen arbeiterfeindlichen Pläne der Unternehmer bloßgestellt. Dass die Grubenbesitzer mit ihrem Central-arbeitsnachweis gleiche Ziele verfolgen, dürfen wir ruhig annehmen. Der Arbeitsnachweis wird daher ein gefährliches Institut in den Händen der Werkbesitzer werden. Das steht fest.

Das Schwarze System wird eine neue Organisation erfordern, seine Handhabung wird sich sicherer für die Bergherren gestalten wie bisher. Das hat gerade der Arbeitsnachweis in Hamburg gezeigt, der sich zu einem ständigen Maßregelungsbureau ausgebildet hat. Die Schwarzen Unternehmen, die bisher auf den Bechenbüros lagerten, werden Platz finden in den Arbeitsnachweisstellen, um so diesen ausfindig zu machen,

die 14 Tage lang ausgesperrt werden sollen und auch solche Namen, die sowohl gedacht sind, z.B. die der gefüllten Sicherheitsminnern, Meltesten und sonstigen Arbeitervertretern, wie organisierten Arbeiter überhaupt, die sich um ihre Rechte hervorragend kümmerten.

Auf die Versprechungen, loyal zu handeln in diesen Instituten, geben wir nichts. Solche Versprechungen hat man auch in Hamburg gemacht und nicht gehalten, was den Industriellen um so besser gelang, als die Arbeiter die vorgelesene Mitwirkung in diesem Institut — leider ablehnten.

Das Arbeitsnachweisbüro wird sich bei vor kommenden Fällen als Streikbrecherbüro etablieren. Das kann es um so besser, als ja Arbeitsnachweise auch in den übrigen Bergwerksdistrikten erreicht werden, die dann miteinander in Verbindung treten werden, wenn Streiks, Aussperrungen, Abwanderungen erfolgen. Dass die Arbeitsnachweise in den Fragen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zugunsten der Grubenbesitzer mitwirken haben, ist also selbstverständlich; das ergibt sich auch aus einigen Mitteilungen der "Politischen Zeitung" (Mittagsausgabe vom 19. Oktober), wo es heißt:

"Schließlich wie im Vorfrevier soll auch im südwestlichen Bergbau möglichst für das Saargebiet und Lothringen gemeinsam, ein industrieller Arbeitsnachweis eingerichtet werden. Der Gedanke wurde, wie wir in den "Saarländer Nachrichten" lesen, in der letzten Vorstandssitzung der wirtschaftlichen Vereine in der Saar erörtert; man war der Ansicht, der Arbeitsnachweis könne in der Geschäftsführung des Arbeitgeberverbandes verhindert werden und würde am besten während der Niedergangszeit eingerichtet, während der sich die Lohnarbeiter am leichtesten an seine Benutzung gewöhnen. Der Generalsekretär wurde beauftragt, sich bei nächster Gelegenheit über die Unternehmern in Hamburg, München usw. persönlich zu unterrichten und dann einen geeigneten Vorschlag zu machen."

Also dahin geht die Stelle! Die niedergehende Konjunktur ist die beste Zeit, den Arbeitsnachweis einzuführen. Hört ihr es, Bergarbeiter, der Arbeitsnachweis soll euch Hände und Füße binden, euch der Willkür der Bergwerksbesitzer völlig preisgeben!

Noch weiter. Der grubenherzliche Arbeitsnachweis wird zugewendeten Bergarbeitern oder Arbeitern überhaupt, auch in der Zeit der Hochkonjunktur Arbeit zuweisen, die nicht dem entspricht, was die Zugewanderten und Arbeituchenden erwartet. Die Fremden, die mittellos sind, müssen ja nehmen, was ihnen die Arbeitsnachweise bieten. Nicht besser wird es denheimischen Arbeitern ergehen. Zwangsläufen sollen diese Art Maßregelungsbüro in den deutschen Bergrevieren werden. Und darum werden wir mit aller Kraft, die uns zu Gebote steht, den Absichten der Werksbesitzer uns widerlegen. So wie die Werkbesitzer ihre Pläne auszuführen beabsichtigen, darf es nicht kommen, mag es kosten, was es wolle.

Will man absolut Arbeitsnachweise gut, wir wollen uns diesen nicht widerlegen. Aber dann verlangen wir die Parität gewährleisten wir die Mitwirkung der Arbeiter in diesen Institutionen, am besten gelegentlich festgelegt haben. Und geleglich bestimmt und geregelt soll auch die Tätigkeit dieser Institute werden. Strauben sich die Grubenbesitzer gegen diese Parität, dann sind die Absichten, die sie verfolgen, konnen klar.

Dann aber auch Bergarbeiter, alles daran gesetzt, um diese Absichten zu vereiteln. Nie und nimmer dürfen wir uns unter die Füße brutaler und gewissenloser Herrenmenschen begeben. Nie und nimmer!

Kameraden, schließt die Reihen, werbt für die Organisation, für den Bergarbeiterverband. Die kommenden Wochen müssen die Bergarbeiter geschlossen vorfinden. Niemals war die Zeit ernster wie jetzt, datum Kameraden, handelt, ehe es zu spät ist.

Der Unionstag der österreichischen Bergarbeiter.

I.

Am 4. Oktober trat im Arbeiterheim zu Ottakring-Wien die österreichische Bergarbeiterunion zu ihrer dritten Tagung zusammen. Diese Tagungen finden alle drei Jahre statt, eine ziemlich lange Zeit für eine Organisation, die jüng aufsteigt, nach innen wie außen hin des täglichen Betriebes bedarf, um die Schlagkraft zu gewinnen, die notwendig ist im Kampfe gegen die Grubenbesitzer, die auch in Österreich den wichtigsten und übermächtigsten Unternehmern gehören. Dennoch scheint man sich mit diesen Ausdehnungen der Tagung abgefunden zu haben, wenigstens wurde nicht darüber beraten, einzige Fristen zu wählen, so notwendig sie uns auch erscheinen. Lieber zwei Jahre hinaus sollten die Fristen nicht herausgehoben werden.

Was wir über den Ort der Tagung, über die Gründe, die wir in Wien und Österreich gewonnen (Soform) mochten, als Guest der Generalversammlung bei und innerhalb einer Agitationstour durch Steiermark, zu sagen haben, geschieht am besten nicht an dieser Stelle. Gehen wir lieber auf die Verhandlungen selbst ein. Diese gleichen bei der österreichischen Union insofern den internationalen Bergarbeiterorganisationen als in drei Sprachen überzeugt und gesprochen wird — deutsch, tschechisch, polnisch!

Das erschwert die Verhandlungen ungemein, ziehen sie in die Länge und man möge schon einen Überseker, wie den tschechisch-deutschen haben, um noch größere Unannehmlichkeiten zu vermeiden. Das wollen wir auch an dieser Stelle gern konstatieren. Schlimm genug, wenn nur ein anderer eines Landes mit durch die Berg-

dometschung ihrer Sprache verständigen können! Dabei gab es Delegierte, die augenscheinlich auch die Sprachengebiete standen, die aber auf eine Übersetzung verzichteten. Geht doch alles so schnell langsam genug von statthaften.

Werst die endlose Reihe der Begrüßungsansprachen, auf die wir unsreiter gern verzichteten hätten. Über sie gehören zum Gott? (2) und ja erhielt nach der Ansprache des Vorsitzenden das Wort der deutsche Gast, dann die Vertreter der sozialen Parteiabgeordneten, der Arbeiter-Ottakring, der deutschen Gewerkschaftskommission, der tschechischen Gewerkschaftskommission, der männlich-neuerwirtschaftlichen Landeskommision, ein einzelner Abgeordneter, der besonders Wünsche im Hintergrund hatte. Dadurch ging viel, viel Zeit verloren, für einen österreichischen deutschsprachigen Unionstag zu viel. Uns ist das aufgefallen und darum schreiben wir es wieder, ohne unsere näheren bestimmen Absichten mit diesem Hinweise hier anzusprechen.

Interessant wurden die Verhandlungen für den Arbeitsstehenden als der Vorsitzende seinen Jahresbericht gab, in beschränkter Weise, weil er musste. Leider mußte er konstatieren, dass die Union, die in den letzten Jahren so erfreuliche Fortschritte gemacht hatte, unter der Umgestaltung der wirtschaftlichen Krise zu leiden beginnen. Hinzu gesellten sich die Kämpfe in nationaler Beziehung, besonders in einigen Teilen Böhmiens und in Mähren-Ostrau, wozu dann noch der Antisemitismus und der Analphabetismus beitrug. Spontane

Zwischen, ausgezettelt von unverantwortlichen Heilsvothen, die sich den Deutzen um den Unionsvorstand und die Unionstafel kümmerten, haben gleichfalls die Union in letzter Zeit geschädigt. Kein Wunder, wenn der Vorsitzende in prägnater Weise alle diese Dinge erklärte. Dass diese berechtigte Kritik gelautet werden müsste, hat uns sehr, sehr getan!

Nun uns doch nicht gleichgültig sein, welche Vorankündigungen unsere Bruderorganisation in Österreich beunruhigen, sie in ihrer Entwicklung hemmen. Die anwesenden Delegierten haben gewisslich mit ihrem Vorsitzenden in der Verurteilung aller dieser angekündigten Vorankündigungen einverstanden erklärt. Wie sich auch die Gruppen nach Sprache und Nation trennen, wurden in ihrer Sprache die Reden überzeugt, dann merkte man doch, wie eins sie sich fühlten, eins in der Kritik und im Handeln. Dass es so war, lädt hoffen, dass die Union die innerliche Krise bald überwinden wird, wie sie bisher schwierige Krisen überwunden hat. Wer daran zweifelt, der muss den Verhandlungen im Pleium, wie in der Kommission gesagt sein, muss gehört und gelesen haben, mit welcher Einmütigkeit Beschlüsse zustände kamen, als es sich um den Klassenkampf der Union handelte, die Beiträge von 80 auf 40 Pfennig erhöht wurden. Nicht viel fehlte, und ein freiwilliger Beitrag von 50 Pfennig wäre angenommen worden. Wir haben zugesagt, in der heutigen Situation diesen Beitrag nicht einzuführen, sondern damit bis zum nächsten Unionstag zu warten. Dieser Wunsch ist dann von Unionsführern geteilt worden. Der freiwillige Beitrag fiel, nicht weil es die Delegierten und auch die führenden Vertreter der Union nicht wollten, wohl aber auch aus den Kreisen heraus, mit der nun einmal die Union, auch noch über die nächste Zeit hinaus, zu rechnen hat.

Der Beitrag ist erhöht worden und was das Beste ist, einstimmig, ohne lange und breite Debatten, wie wir das auf Generalversammlungen unseres Verbandes gewöhnt sind. Der reichsdeutsche Bergmann will gründlicheklärung haben, auch über das Selbstverständlichkeit, der österreichische Unionmann gab sich mit den kurzen Versicherungen und Begründungen zufrieden, die abgegeben wurden, um die Notwendigkeit eines höheren Beitrags nachzuweisen. Sicherten wir die Union, heißt es! Leider, das müssen wir sagen, ist die Union trog der Beitragserhöhung nicht so gestärkt worden, wie es jeder überzeugte Gewerkschafter gern wünschen muss. Die österreichischen Kameraden mögen uns die Offenheit verzeihen. Es ist Tatsache, dass die Union wegen der Schwierigkeiten, womit sie zu rechnen hat, Ausgabenosten in sich schlägt, wie wir sie nicht in dem Maße kennen. Besitzt doch die Union das Verbandsorgan in den drei weiter oben genannten Sprachen. Und in Wien kam zum Ausdruck, dass auch die Slowaken ein in ihrer Sprache geschriebenes Blatt haben wollen. Wie, wenn Ungarn mit seinen Sprachgebieten noch in den Wirkungskreis der Union gehören?

Die drei Organe haben jedes seine besondere Bedeutung. Viel Geld und viel Kraft muss aufgewendet werden — das bedeutet die Nationalverschiedenheit des zerrissenen Österreichs. Dann kommt noch hinzu, dass die Agitation und die innere Verständigung verhältnismäßig große Summen verschlingen. Was aber vornehmlich in die Tasche fällt, ist, dass die Union sich mit Unterstützungsvereinbarungen und Ausgaben in einer Weise belastet hat, die die Leistungsfähigkeit der Union stark in Frage stellen. Gewiss hat die Union in den letzten Jahren ganz bedeutende Summen erbracht. Rund 400.000 Kronen bilden jetzt das Vermögen, aber das brachte die zwölfe Entwicklung der Union und die überaus günstige Geschäftslage der letzten Jahre mit sich. Nachdem sich aber die wirtschaftliche Depression zeigte, die mit den anderen Ursachen gemeinsam einen Mitgliederrückgang herbeiführte, da hat die Union eine tückische Belastungssprobe auszuhalten müssen. Die Ausgaben wurden größer und größer. Und ja kam es, dass z.B. in den ersten beiden Quartalen der Union nur ein ganz geringer, kaum nennenswerter Überschuss verblieb, ohne dass sie in größere Streiks vernichtet war. Das gibt zu denken. Wir wollen uns feststellen, dass in einem Quartal z.B. das Krankengeld allein fast ein Drittel der gesamten Beiträge verzeichnete. Die Arbeitslosenunterstützung ist gewaltig. Es ist aber ein ungezunder Zustand, wenn sich, ohne in größere Kämpfe verwickelet zu sein, Ausgaben und Einnahmen in einer Organisation so nahern, wie das im letzten Jahre in der österreichischen Union geschehen ist. Ganz besonders harte der Unionstag Rücksicht auf die Verhältnisse nehmen müssen. Wir müssen sehr gut, dass sich Beitragserhöhungen sehr schlecht niedrigen lassen, ohne den Mitgliedern die nötigen Gegenleistungen zu bieten. Was aber noch letzterer Richtung zuviel ist, ist zuviel. Uns scheint, hier liegt der Fehler mehr in den Beschlüssen früherer Unionstage zurück, die bei den geringen Beiträgen die Unterstützungsvereinbarungen zu hoch auspannten. Und jetzt, bei der letzten Beitragserhöhung, gab es schlechterdings ein Zurück. Das verhindern wir nicht, aber man hätte das mit der weiteren Schärfung der Kürzelungen umgehen müssen, oder auch, man hätte eine kleine Verschiebung der Unterstützungsvereinbarungen vornehmen sollen, so u. a. beim Krankengeld, das in der Union von der zweiten Woche ab gezahlt wird, also zu einer Zeit, wo die Zahl der Krankenfälle eine äußerst hohe ist. Lieber auf einige Wochen, die die achte Woche hinaus, bis dahin wird Krankengeld gezahlt, das Krankengeld zahlten, als so früh, wie es geschieht. Man erwartet Geld, dabei und die Krankenunterstützung tritt mehr als Notunterstützung zur Geltung. Wir haben diesen Standpunkt in der Kommission vertreten, drangen nicht durch, konnten nicht durchdringen, weil solche Verschiebungen der nötigen Vorarbeiten und Erörterungen bedürfen. Darum galt unser Rat, denn auch mehr für das nächste Mal. Bei der Krankenunterstützung und beim Krankengeld können am leichtesten Grenzen gezogen werden. Es muss das geschehen, wenn Unterstützungsvereinbarungen weniger bedacht werden, die mehr dem gewerkschaftlichen Charakter einer Organisation entsprechen: Streik-, Gewerkschafts- und schließlich Arbeitslosenunterstützung.

Dennoch, der Unionstag hat einen Schritt nach vorwärts getan. Schon die Erhöhung der Beiträge allein ist ein Schritt nach vorwärts. Er erzieht die Bergarbeiter zur Solidarität, der Opfermut, in gesteigert, den Heldenkampf kann besser zur Seite gerufen werden. Das kommt schließlich nach der Union in ihrem mehr gewerkschaftlichen Charakter zugute. Darum freuen wir die festgelegten Beschlüsse des Unionstages in Wien.

Die Radbodkatastrophe vor Gericht.

Am 18. Oktober stand vor der Bochumer Staatsammer ein Radbodprozess gegen unseren Kameraden Wagner statt, der ebenso bezeichnend ist für den Charakter der Bergarbeiter, wie für die Art, wie es verucht wird, der Erörterung der Schlußfrage an der entzündlichen Katastrophe, der 250 Bergarbeiter zum Opfer gefallen sind, aus dem Wege zu gehen und die Aufmerksamkeit von der Hauptfalle abzulenken.

Die Vorgeschichte dieses Prozesses ist folgende. Als die grausige Katastrophe sich am 12. November 1908 ereignete, sagten wir uns als erfahrene Praktiker sofort, dass dieselbe in diesem Umfang nur möglich sein könnte, wenn alle Voraussetzungen dazu vorhanden waren, d.h. wenn in der Grube überall die törichtesten Zustände herrschten. Unter schlimmsten Voraussetzungen aber, wurden durch das, was wir durch absolutes Einpaukern und zwingende Beugen erfuhrten, weit überstossen.

In den nächsten Wochen und Monaten trugen wie dann ein gewaltiges Anklagematerial gegen die verantwortlichen Leiter von Radbod in gegen die Bergbehörde zusammen, wodurch wir einwandfrei nachwiesen, dass der entzündliche Umfang der Katastrophe nur eine Folge der unglaublich verlotterten Zustände in der Grube war. Wir unterstellten den verantwortlichen Personen nicht mehr und nicht weniger, als dass sie, sowieso die Verantwortung zu tragen zu tragen hatten. Und was geschah?

Nichts!

Nicht einmal mit einer Berichtigung, womit die falsche Presse überschüttet wurde, wagte man sich an uns heran, jedenfalls weil man wusste, in der Redaktion der "Bergarbeiter-Zeitung" einen Fachleute, die sich sehr für einen vornehmen lassen, was bei der üblichen Presse nicht der Fall war. Selbstverständlich waren wir die Berichtigungsmethode mit aller Entschiedenheit in unserer Zeitung entgegen, direkt heranzog, sollte die Wahrheit unserer Zeitung auf Radbod und unter nicht nur in unserem Interesse, sondern ganz besonders im Interesse der Wahrheit und der Bergarbeiter, wenn wir diesen unglaublichen Versuchen, die Dummheit zu läufern, zu begegnen suchten. Und was geschah?

Nichts!

Weder mit einer sogenannten Berichtigung noch mit einer Klage, die wir forderten, wagte man sich an uns heran.

Da kam der allgemeine Bergarbeiterkongress vom 1. bis 3. Februar 1910 in Berlin, wo der Bergmann Wilhelm Thomas, einer der Vertreter von Radbod, vor der ganzen Welt als Ankläger der Schuldigen auftrat. Aber auch gegen Thomas wurde eine Berichtigung in den blutigen und unternehmerischen Presseartikeln ausgelassen, worin ihm sogar Aussagen unterstellt wurden, die er gar nicht gemacht hatte und wonach alles, was er gesagt, als unwohl hingestellt wurde. Thomas aber gab hierauf in der Presse eine Erwidern, die sich gewisshätte und wortlos die "Berichtigung" völlig die Sprache verlor. Dass Thomas als einfache Bergmann die Fehler so geschickt zu handhaben wusste, hatte man nicht vermutet. Selbstverständlich wußten auch wir und gegen diese Berichtigung sollten durch sie doch auch unsere Angaben, die sich mit denen von Thomas deckten, als unwohl hingestellt werden. In der Nr. 8 der "Bergarbeiter-Zeitung" gaben wir den Geheime eine die ganze Sachlage charakterisierende Antwort, in der wir unter anderem mit Bezug auf die Mitteilungen von Wilhelm Thomas schrieben:

"Aber unabdingbar von den Ausführungen Thomas und dessen Gedanken ist die "Bergarbeiter-Zeitung" in der Lage, einen Bergarbeiter manhaft zu machen, der bei der Katastrophe auf Radbod folgenden Dialog gehabt haben, und diesen beschützen will:

Bergrevierbeamter Holländer: "Hier sind noch Lebende, was ist zu tun?" Direktor Andree: "Das lebt, das lebt, wie müssen heraus!"

Wir sind bereit, den untersuchenden Richter eventuell der Staatsanwaltschaft den Namen des betreffenden Bergarbeiters zu übermitteln. Nicht er allein will diese Sünden gegen die Bergarbeiter manhaft zu machen, der bei der Katastrophe auf Radbod eingetreten waren, und an eine Rettung gebeten. Ob eine Rettung auf Radbod unmöglich war, das zu untersuchen, ist nicht in unserer Sache. Wir stellen nur fest, was zu unseren Ohren gekommen ist und wie glauben, danach zur Klärung der Angelegenheit Radbod beizutragen. Beweise heften sich oben genannte Aussagen ab, dann glauben wir, dass die Bergarbeiterverwaltung der Geheime Radbod ihre Berichtigungen später etwas vorsichtiger absaft, aber damit auf keinen Fall zurückhalt, bis das Gericht das Drama selbst erbringt und feststellen wollen wir noch, dass der Zeuge Thomas von der Zeugwald, die mit Radbod einer Gewerkschaft gehört, nach dem Gang entlassen worden ist und mit ihm eine Anzahl Delegierter auf unserer Seite. Die Gewerkschaftsmitglieder gehören auf Streikgruppen. So denkt das Grubenkapital, das sich nach außen hin den Radbod gib, als gäbe es auf den Geheims nichts zu verdächtigen."

In diesem Artikel glaubte man endlich die Schlußfolgerung gefunden zu haben, wo man uns rechnen konnte, ohne sich selbst zu gefährden, d.h. ob die eigentlich Schlußfrage aufgerollt zu werden brachte. Der Direktor Andree, der bis dahin alle schweren Anklagen und Beschuldigungen hatte über sich ergehen lassen, ohne den Mut zu einer Klage zu finden, bewies hier auf einmal ein außerordentlich großes Egozentrum, um das wir ihn allerdings nicht beneiden, und stellte gegen unseren Kameraden Wagner Strafantrag. Aber nicht wegen des ganzen Artikels, beliebte nicht, da hatte ja die ganze Schlußfrage an der entzündlichen Katastrophe aufgerollt werden müssen, und dazu reichte der hochgeprägte Mut des Herrn Direktors Andree nicht aus. Sein Mut reichte gerade dazu aus, um aus einem längeren Artikel

ganze zwei Seiten aus dem Zusammenhang herauszureißen und einen Stein hinzulegen, den sie, selbst aus dem Zusammenhang gerissen, nicht haben, der aber hineingetragen werden musste, um gegen unseren Kameraden Wagner Strafantrag stellen zu können.

Und der Staatsanwalt gab diesen Strafantrag statt und eroberte Anklage in öffentlichem Interesse, wodurch den Direktor Andree ermöglicht wurde, als Nebenkläger und Zeuge in einer Person aufzutreten.

Sowohl der Sachverhalt! Aus naheliegenden Gründen enthalten wir uns jeder Kritik, überlassen das Urteil vielmehr der Öffentlichkeit. Aber auch das ist noch gefährlich, denn wir haben schon erfahren, dass man bestraft werden kann für etwas, was man zwar nicht gesagt hat, aber gleichzeitig haben soll.

Schon am 14. Juli wurde diese Angelegenheit vor der Staatsammer in Bochum verhandelt, aber auf Antrag des ersten Staatsanwalts Rektor verlegt, um einen von uns geladenen Zeugen, der aber nicht erschienen war, laden zu lassen, trotzdem wir, um die Verhandlung damals weiterzuführen, darauf verzichten wollten. Über der Staatsanwalt verzichtete nicht und darum wurden dann nur einige Zeugen, darunter der inzwischen verunglückte Kamerad Peter Thomas, vernommen.

Die Verhandlungen am 18. Oktober fanden wegen des ungünstigen Zeugenapparats im Schwurgerichtssaal statt. Geladen waren von der Staatsanwaltschaft sieben, von den Nebenklägern 17 und von der Verteidigung 30 Zeugen und drei Sachverständige. Den Vorfall führt Landgerichtsdirektor Zimmermann, die Verteidigung unseres Kameraden Wagner führt Rechtsanwalt Heine, M. R. Berlin, der unseren Kameraden aus dem großen Schankpferdprozess, Hitler-Krämer-Prozess Saarabteilung, und die des Nebenklägers Andree, Rechtsanwalt Röttgen-Dortmund. Der Hörsaalraum ist überfüllt. Es sind meiste Bergarbeiter, die mit den gespanntesten Aufmerksamkeit den Verhandlungen folgen.

die Grenzen des Beweisbefreiungsschlusses. Der Angeklagte ist nach dem Eröffnungsbeschluß beschuldigt der Beleidigung des Bergverwalters Andreo. Die Verteidigung steht auf dem Standpunkt, daß der gesamte Inhalt des Artikels Gegenstand der Anklage ist, während die Staatsanwaltschaft den Standpunkt vertritt, daß der Eröffnungsbeschluß sich mit dem Gespräch befazt.

Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Ich bin der Meinung, daß der ganze Artikel unter Anklage steht und daß daher die Beweisaufnahme auf den ganzen Vorgänge ausgedehnt werden muß.

Verteidiger Rechtsanwalt Köttinger: Wenn wir in die Erörterung darüber eintreten, welches die Ursachen der Katastrophen waren, dann werden wir in einer Woche nicht fertig sein. Hätte mein Zeuge die Ursache der Katastrophe zum Gegenstand der Klage machen wollen, dann hätte er nicht allein gegriffen, sondern es hätte auch Vorsitzender Direktor Janssen mitgegriffen und es wäre die Klage auf früheren Artikeln der "Bergerbeiter-Zeitung" ausgedehnt worden sein.

Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Das fragliche Gespräch ist nur im Zusammenhang mit den ganzen Vorgängen angewandt und auch nur in diesem Zusammenhang zu verstehen, sonst hat es ja überhaupt keinen Sinn, denn in der Wiedergabe des Gesprächs allein ist gar keine Beleidigung, die zu einer Anklage führen könnte, enthalten. Eine Beleidigung kann nur daraus gemacht werden, wenn, wie es auch durch den Eröffnungsartikel geschieht auf den ganzen Artikel Bezug genommen wird und meinem Klienten befehlende Absichten unterstellt werden. Diese Absichten hat er aber nicht gehabt, das geht weder aus dem fraglichen Gespräch noch aus dem übrigen Teil des Artikels hervor. Das ist es, daß ich hierzu sage, daß die Wiedergabe des Gesprächs nur im Zusammenhang verstanden werden kann und darf und nur eine Füngemöglichkeit ist und der Klient nur zur Abwehr gegen die Berichtigungen der Beleidigung aus Radbod geschrieben wurde, geht klar und deutlich aus den nachstehenden Sätzen hervor. Ausdrücklich wird da gesagt:

"Wir sind bereit dem unterliegenden Richter eventuell der Staatsanwaltschaft den Namen des betreffenden Bergarbeiters, der das Gespräch gehört haben und beschreiben will, zu übermitteln."

Nicht er allein will diese Füngemöglichkeiten Neuerungen gehört haben.

Wir selbst stehen auf dem Standpunkt, daß wir zusammenfassen auch bei einer Katastrophe im Bergbau einzutreten können, wo an eine Rettung selbst Lebende der nicht mehr gebraucht werden können.

Ob eine Rettung auf Radbod noch möglich war, das zu unterscheiden steht nicht unsere Sache. Wir stellen nur fest, was uns zu Ohren gekommen ist und wir glauben, daß mit nur zur Klärung der Angelegenheit Radbod beigezogenen. Bewahrheiten sie die genannte Neuerungen aber, dann glauben wir, daß die Beleidigung der Beleidigung ihre Berichtigungen später etwas vorsichtiger abfaßt oder damit am besten ganz zurückhält, bis das Gericht das Urteil erhobt hat."

Aus diesen Darlegungen kann doch, wie es in dem Strafantrag steht, keine böse Beleidigung Abseit gezeigt werden. Beleidigt das aber, dann muß auch der ganze Artikel und die ganzen Vorgänge auf die er Bezug nimmt, zum Gegenstand der Verhandlung gemacht werden. Aber ich verstehe das Verfahren vollkommen; es liegt darin die Absicht: die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von dem Unglück und von dem ungerechten Material, das die "Bergerbeiter-Zeitung" veröffentlicht hat, abzuhalten.

Man will sagen: Die "Bergerbeiter-Zeitung" ist verurteilt worden, ergo ist die Beleidigung unzulässig!

Rechtsanwalt Köttinger: Ich stelle fest, daß die Angriffe über die Ursachen der Radbodkatastrophe in vollem Umfang auch von der "Dortmunder Arbeiterzeitung" gebracht worden sind und daß die genannte Beleidigung deshalb Strafantrag gestellt hat. Die Behauptungen beruhen daher auf einer völlig unzureichenden Information des Herren Verteidigers.

Rechtsanwalt Heine: Der Artikel der "Dortmunder Arbeiterzeitung" ist in einem Fall geschrieben, daß die Chancen einer Verurteilung wegen formaler Beleidigung herbeizuführen, erheblich größer sind als bei dem durchaus sachlich gehaltenen Artikel der "Bergerbeiter-Zeitung". Darum hat man die "Dortmunder Arbeiterzeitung" verklagt, während man nicht den Mut fand die "Bergerbeiter-Zeitung" wegen ihrer Artikel zu verklagen.

Rechtsanwalt Andreo: Ich habe Klage erhoben, wollte das einzige Mal vor, daß ich mit Namen genannt worden war. (Dieze sind es nicht so plausibel, daß wir ihr zweimal glauben.) (St.)

Angeklagter Wagner: Ich bin sehr erstaunt, daß ausgerechnet wegen Wiedergabe dieses Gesprächs Strafantrag gegen mich gestellt wurde, während man nicht den Mut fand, uns wegen unserer Artikel zu verklagen. Und wie ist man jetzt vorgegangen? Aus einem lächerlichen durch das Verhalten der Beleidigung provozierten Artikel hat man zwei Zeilen aus dem Zusammenhang gerissen,

diesen einen beleidigenden Sinn unterstellt und so den Strafantrag konstruiert. Ich muß die mir darin gemachten Untersuchungen mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Eine beleidigende Absicht hat mir völlig fern gelegen. Wenn man zwei Zeilen aus dem Zusammenhang riss und ihnen einen beliebigen Sinn unterstellt, so ist das eine Fälschung, wobei gezeigt werden muß, wie sie in Wirklichkeit die Tatsache der Medizinik unserer Zeitung liegen sollte, welche die Beleidigung verdecken können und als die Katastrophe erfolgt war sagten wir ja, daß der gewaltige Anfang derselben sich nur erstere, letztere dadurch, daß

alle Voraussetzungen für ein solches Unglück durch Strukturzulassung der notwendigen Vorsichtsmassregeln erfüllt waren. Als Vertreter der Bergarbeiter hatten wir daher ein Interesse, die Ursache des Unglücks festzustellen. Keine Zeitung hat die ganze Frage so sachgemäß behandelt wie die Bergarbeiter-Ztg. Die Beleidigung Radbod hat allen Zeitungen Berichtigungen zugeschickt, wir haben keine bekommen! Das ist doch ein Beweis dafür, daß unsere Angaben richtig waren. Bergmann Thomas hat auf Radbod gearbeitet und seine Wahrnehmung auf dem Radbod-Bergarbeiterkongress mitgeteilt. Die Beleidigung vertritt hat die Angaben "berichtigte". Thomas antwortete ihr aber in einer Weise, daß sie nicht mehr erwiderbar konnt. Im Anschluß daran brachte ich den den intrümmeren Artikel, weil die von der Beleidigung vertritt Thomas gerichtete Berichtigung auch uns traf, da wir dieselben Angaben gemacht hatten. Die Berichtigung der Beleidigung war falsch, während unsere Angaben der Wahrheit entsprachen. Wir beiden im fraglichen Artikel daran nur zur Abwehr gegen die euanalischen Angaben der Beleidigung gebracht, wie es nicht nur unser Ziel erreichte auch das der Bergarbeiter erforderte. Nur in diesem Zusammenhang ist der Artikel und auch das Gespräch zu verstehen und die Beweisebildung kann sich darum nicht nur auf dieses, sondern muß sich auf die ganzen Vorgänge erstrecken.

Das Gericht befreigt in die Verhandlung einzutreten und zunächst nur Beweis über die intrümmerne Stelle.

Angeklagter Wagner verweigert die Rettung des Verfassers des Artikels für den er die Verantwortung übernahm und erklärte weiter: Das Gespräch wurde uns von sehr zuverlässiger Seite berichtet. Wie könnten uns an die Wahrheit deselben glauben, als noch jeder Mann überzeugung sich nach Erforschung des Schachtes noch Lebende in der Grube befinden haben müssen. Ich möchte noch hervorheben, daß ich zum Vorstand des Bergarbeiterverbandes angehöre, von dem über 100 Mitglieder auf der Beleidigung Radbod verunglückt sind. Es handelt sich also bei mir um die Wahrnehmung der berechtigten Interessen unserer Mitglieder, wenn ich bemüht war, alles aufzufinden.

Rechtsanwalt Heine: Die Überzeugung meines Klienten, daß sich die Erforschung des Schachtes noch Lebende in der Grube befinden haben, wird auch gestützt durch eine Erklärung des Ministers Trebitsch, wenn dieser bedauerte, daß der Schacht so schnell gesälossen worden sei, bevor sein Kommissar zur Stelle sein konnte.

Es wird hierauf zur **Zugangsverneinung**.

Sicherheit. Als erster Zeuge wird königlicher Berginspektor Holländer, Rechtsanwalt für das Bergamt Hamm und zuständiger Aufsichtsbeamter für die Beleidigung Radbod, vernommen: Er erklärte: Ich bin mit mehreren Stegern 7 Uhr morgens eingefahren. Im Norden der zentralen Stützen, wo wir dringen wollten, kamen uns Brandgase entgegen, deswegen wir nicht weiter konnten. Wir suchten nach dem dritten Schacht, ging ich mit Andreo nach Süden. Wir sahen dort in der nächsten Stütze einen Bruch, hinter dem es brannte. Wir bewerkten einen Verunglücks, der um Hilfe rief.

Ich ordnete an, daß wir gelöst werden sollen. Ich ging zum Außen nach Westen, wo wir zwei Bergleute retteten. Am 8 Uhr ging ich hinaus, um dem Bürobüro und dem Handelsminister Bericht zu erstatten. Nach Verlauf einer Stunde fuhr ich wieder ein und bin dann mit einigen Stützen in einem zentralen Holzteil hinausgetreten. Dann erhielt ich Andreo, daß der Bergarbeiterverein gekommen sei und eine Konferenz wünsche, zuerst Praktiken über weitere Maßnahmen. Dann fuhr ich wieder ein, ging in den zentralen Lagerhof und trocknete einen Bruch. Einige Arbeitnehmer folgten mir. Als ich nicht weiterkommen konnte, ging ich zum zweiten Hauptquerschlag im Norden. Am Ende eines Stabels saß ich den Stützen. Wegen in die nördliche Grundstrecke von Et. 6; dort wurde mir von Andreo zugesetzt.

Was machen wir noch hier? Wir müssen ausfahren, wir haben unseren Antrag erfüllt!

Wie hielten dann eine neue Konferenz, um zu beraten, wie man nach Südz 3 im Süden kommen könnte. Der Bergarbeiter hielt sich schließlich genötigt, den Berg zu verlassen, zur Zude zu kommen, nämlich zu der Frage, ob er das in die kleinste Gefahr mit Andreo geführt habe. Die Begegnung verneinte diese Frage.

Angeklagter Wagner: Ich möchte an den Jungen noch einige Fragen stellen. Ich möchte wissen, ob nach seiner Meinung noch Personen in der Grube waren, als die Rettungsarbeiten eingestellt worden waren.

Zeuge Holländer: Es wäre das ja möglich, über

ich kann mich darüber nicht äußern, da ich nur die

Geschwürigung habe, über das Gespräch auszusagen!

Angeklagter Wagner: Es wäre aber doch wesentlich, zu wissen, ob es noch möglich gewesen wäre, Bergmann zu retten.

Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Herr Wagner, da ist noch kein Gesetz nichts zu machen. Der Herr Bergarbeiter hat nicht die Genehmigung auszusagen wie es in der Grube gewesen ist und was er dort vorgefundet hat. Er darf nur über das Gespräch auszagen. (Aha! und Läden im überfüllten Zuhörerraum.)

Angeklagter Wagner: Aus dem Bericht des Herren Berginspektors habe ich mir entnehmen können, daß er planlos in die Grube heruntergestiegen ist.

Der Vorsitzende weiß diese Vermutung zuwiderr.

Angeklagter: Ich habe aus dem Bericht nur den Eindruck gewonnen, daß keine ernstlichen Rettungsarbeiten gemacht worden sind.

Zeuge Holländer: Der Angeklagte ist technisch nicht genügend vorgebildet, um das beratlich zu können.

Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Weil diese Behauptung des Jungen zulässig, der hier nicht zuverlässig ist. Wie der Angeklagte nach einer Reihe Fragen an den Jungen hoffen will, seine der Beleidigung dies ob, weil sie sich auf den übrigen Teil des Artikels beziehen!

Als nächster Zeuge wird Bergmann Milau, jetzt in Göttingen in Schlesien, vernommen: Es ist nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr auf der dritten Sohle gewesen und hat eine Unterredung zwischen den beiden Holländer und Andreo gehabt; der eine hatte:

Hier sind noch Lebende! Was ist zu tun?

Da er in einiger Entfernung stand, konnte er nicht sprechen, wie von den beiden das gesagt habe und auch die Antwort nicht richtig verstanden. Er erklärte sich darum den Jungen zufrieden, die nicht dabei stand und der sagte, der Herr hätte genehmigt:

Was lebt, das lebt, wie müssen heraus!

Er habe sich hinter dem Bruch noch Ruhe geholt, es sei aber sehr möglich gewesen vorzudringen, weil wegen Bergungsschwierigkeiten die Gruppe nicht gelöscht werden konnte. Das Wasser zum Bruch, das früher liegenden Schachtsumpf holen müssen, anderer Wasser sei nicht in haben gewesen. Die Bergeselung habe völlig versagt, weil es an Wasser schaft.

Angeklagter Wagner: Hätte der Bruch aufgeräumt wie die dahinter liegenden Lebenden gereitet werden können?

Zeuge Milau: Jawohl, mein Gottgebund Wasser zum Wasser des Feuers vorhanden gewesen wäre.

Zeuge Holländer: Ich habe um jene Zeit (3-4 Uhr nachmittags) gehört, ein Herr sagte:

Herr Professor, mir scheint, auf der 2. Sohle sind noch Lebende.

Darauf erwiderte der Herr nach längerem Überlegen.

Leider, leider, aber es ist nichts zu machen; es bleibt nichts übrig, als abzustecken.

(Kann nur heutigen Berichterstattung und die Grube besichtigen.) (D.)

Angeklagter Wagner: Wie war es mit dem Wasser, war welches dort? — Zeuge: Nein, es war keins dort. — Andreo: Wo war das Gespräch; in der östlichen Stützstrecke? — Zeuge: Es war im Querflur.

Angeklagter: Hatte der Bruch aufgeräumt werden können? — Zeuge: Jawohl, mein Gottgebund Wasser dagegen waren.

Zeuge Hörscheld, der jetzt noch auf Radbod beschäftigt ist, weiß er nicht, wie Rettung in der Nähe des Pferdehauses. Er hat gehört, wie einer der hohen Herren sagte:

Es mögen ja noch Lebende drinnen sein, aber leider können wir sie nicht retten!

Wer das gesagt hat, weiß er jedoch nicht, es sei aber kein Fehler, sondern einer der hohen Herren gewesen.

Zeuge Hörscheld: Ich glaube, Oberstörf Andreo an jedem Nachmittag in der Grube geschoren zu haben und habe auch gehört, daß ein Herr zu einem andern gesagt:

Hier ist nichts zu retten, lasst uns nach dem Schacht gehen!

Es braucht also an jener Stelle.

Dann wird die offizielle Aussage des verhältnismäßig jungen Thomas vorgelesen, die dieser im Bericht vom 14. Juli gemacht. Dazu heißt es u. a.: Wie kletterten über einen Bruch. Da höre ich, daß Direktor Janssen sagt: „Das kann doch jeder verhältnismäßige Mensch sehen.“

Angeklagter Wagner: Das kann doch jeder verhältnismäßige Mensch sehen.

Zeuge Milau: Ich kann mir nicht vorstellen, daß Andreo

noch Lebende in der Grube waren und ob diese hätten gerettet werden können.

Man will keine Beweiseinwendungen über Radbod.

Man hat ausreichend die einen Punkt aus mehr als zwanzig Artikeln der "Bergerbeiter-Zeitung" herausgezogen, um eine Verurteilung zu erlangen.

Man will eine Verurteilung wegen einer beständigen Neuerung haben, um das dann öffentlich anzunehmen. Aber man wird sich sicher, öffentlich hinzuholen, daß die Verwaltung sich mit Händen und Füßen gegen jede Aussage abwenden.

Wir aber wollen wir an dieser Stelle Rücksicht haben, denn bei dem Minister empfohlenen Bericht an gegen den Betriebsführer Berg von Radbod müssen wir nicht, wir müssen auskommen.

Zeuge Holländer will ich nur das für den verletzten Bergarbeiter Pleite geben den Betriebsführer am Landgericht Münster gestellte Strafantraglohe zu einem Tag Berufserhaltung gemacht worden ist. Diese Sache ist also von der Landgericht, die am gleichen Bericht gegen den Betriebsführer Janzen, entnommen worden.

Da das Urteil nur in der Fälligkeit von Bergleuten Folge gegeben ist, nicht wegen vorheriger Strafantrag, war ich nicht in der Lage, auch dem Berichterstattung als Rechtführer anzuschließen. Ich konnte daher auch nicht das Urteil abholen. Gilt in diesem Bericht habe ich die Akten als Belege annehmen zu können.

Rechtsanwalt Andreo: Ich will die Aussage des Bergarbeiterkongresses mitteilen: Am zwei letzten Dienstag wurde der Bergarbeiterverein aufgerufen, um eine Aussicht auf Radbod zu erhalten.

Wie Angenommen Bericht erläutert der Vorsitzende: Das Gericht hat die Verurteilung der Jungen über einige Unregelmäßigkeiten auf Beleidigung Radbod abgelehnt.

Es handelt sich nun um den Dialog. Das Gericht ist weder verächtlich noch verächtig, die Worte des Angeklagten hier zu erläutern. Das Gericht berichtet nach kurzer Berufung ferner die Vernehrung der weiteren Jungen abzulösen.

Zeuge Holländer: Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Schacht geöffnet wurde.

Zeuge Hörscheld: Vor dem Bericht in Münster heißt es, es keine Rücksicht auf Radbod zu nehmen.

Ich weiß jedenfalls, daß der dort verommene Sachverständige Niederstein beauftragt hat, Zeugen, die zugunsten der Beleidigung ausgesetzt haben, wegen Meineids anzuladen.

Rechtsanwalt Andreo: In ganz der Kinderzeit.

Wie Angenommen Bericht erläutert der Vorsitzende: Das Gericht hat die Verurteilung der Jungen über einige Unregelmäßigkeiten auf Beleidigung Radbod abgelehnt.

Es handelt sich nun um den Dialog. Das Gericht ist weder verächtlich noch verächtig, die Worte des Angeklagten hier zu erläutern. Das Gericht berichtet nach kurzer Berufung ferner die Vernehrung der weiteren Jungen abzulösen.

Zeuge Holländer: Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Schacht geöffnet wurde.

Zeuge Hörscheld: Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Schacht geöffnet wurde.

Zeuge Hörscheld: Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Schacht geöffnet wurde.

Zeuge Hörscheld: Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Schacht geöffnet wurde.

Zeuge Hörscheld: Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Schacht geöffnet wurde.

Zeuge Hörscheld: Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Schacht geöffnet wurde.

Zeuge Hörscheld: Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Schacht geöffnet wurde.

Zeuge Hörscheld: Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Schacht geöffnet wurde.

Zeuge Hörscheld: Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Schacht geöffnet wurde.

Zeuge Hörscheld: Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Schacht geöffnet wurde.

Zeuge Hörscheld: Ich kann mir nicht vor

er, daß eine eventuelle Geldstrafe nicht vom Angeklagten getragen werde und ihn deshalb nicht treffen. (Unruhe im Zuhörerraum.) Es war sehr menschenfreundlich von dem Herrn Abtzen, daß er unseren Kameraden Wagner mit Besänftigung bestraft haben wollte. Wir danken ihm, daß er uns sein Herz einmal gezeigt hat. D. M.)

unter anderem auf: Was das Gespräch anbetrifft, so darf nicht übersehen werden, daß ausdrücklich in dem Artikel gesagt wird, es werden nur beim Stunde nach wiedergegeben.

Der Beweis ist geführt, daß das Gespräch sinngemäß statt gesunden hat. Der Rechtskläger legt hinein, daß gegen ihn der Vorwurf persönlischer Feigheit erhoben sei. Das steht aber nicht in dem Urteil, sondern wird in bestimmt er Wöchentlich hingeglebt. Dem Angeklagten lag fern, dem Rechtskläger den Vorwurf der Feigheit oder einer sonstigen persönllichen Pflichtwidrigkeit zu machen. Es handelt sich einschließlich die von vornherein die Öffentlichkeit beschäftigte:

Wurde die Rettungsarbeiten, aus welchem Grunde es immer gewesen sein mag, zu früh oder voreilig abgebrochen worden oder nicht?

Und da ist der Angeklagte bei Überzeugung, daß es zu frisch geschahen sei. Der Herr Minister sagte ja auch im Landtage, er bedauerte, daß man nicht mit der Einstellung von Rettungsarbeiten wartete, bis sein Kommissarius eingetroffen sei! Nun denke man sich die Aufregung der Leute, als sie sahen, daß die Grube abgeschlossen wurde, als sie noch die feste Überzeugung hatten, daß Lebende in der Grube seien! Es hat in der Grube an Wasser gesieht, vor und nach der Katastrophe. Es ist eben unten etwas nicht in Ordnung gewesen. Jedoch wurden dadurch die Rettungsarbeiten erschwert. Das bei dieser furchterlichen Explosion noch viel zu retten war, glaube ich auch nicht, aber immerhin konnte nicht energisch genug vorgegangen werden. Weitere Rettungsarbeiten hätten nach der Überzeugung aller bei der Rettung mittäglichen Arbeiter noch gemacht werden können, wenn Wasser vorhanden gewesen wäre! Diesem Eindruck gibt der Artikel Abschluß. Der Angeklagte hat außerdem loyal hervorgehoben, daß es Fälle geben kann, wo selbst an die Rettung Lebender nicht mehr gedacht werden kann. Er hat auch in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt: als Redakteur des Fachorgans der Bergarbeiter und als Mitglied des Bergarbeiterverbandes und seines Vorstandes. Der Angeklagte glaubte ebenso seine Pflicht erfüllen zu müssen, wie Direktor Andree es für seine Pflicht hielt, in die Grube zu ziehen, um die Lebenden zu retten. Ich bin der Überzeugung, daß der Angeklagte freigesprochen werden muß. Da der Nebenkläger Gefängnisstrafe verhängte, muß ich mich veranlaßt, noch einige Worte zum Strafmaß zu sagen. Um die Handlungsweise des Angeklagten zu widerlegen, muß man berücksichtigen, daß er überzeugt war, daß viele Lebendstände auf der Stelle verloren waren, die die Katastrophe herbeiführten. Wenn der Angeklagte diese Mistände aufdeckte, so verdiente er nicht Strafe, sondern eine Belohnung, er müßte eigentlich einen Orden bekommen. (Heiterkeit.) Wir wissen ja, wie der Prinz empfangen wurde von der erregten Menge, die ihm ihr Herz ausschlitterte. Nach Lage der ganzen Verhältnisse konnte, durfte der Angeklagte nicht anders handeln, wie er gehandelt hat, er hat nur getan, was seine Pflicht und das Interesse der Bergarbeiter erforderte, er hat niemand beleidigt oder beleidigen wollen, die Wahrheit dessen, was er geschrieben, ist erwiesen und ich beantrage darum seine Freisprechung.

Der Angeklagte Wagner führte im Schlusswort aus: Wir haben uns nicht an die Behörde gewandt, weil sie selbst Partei ist, denn ein Teil der Vorwürfe richtet sich gegen die Bergbehörde!

Un den Mißständen auf den Gruben ist die Bergbehörde mit schuldig. seit dem Jahre 1886 sind $1\frac{1}{4}$ Millionen Unfälle auf den Gruben passiert, darunter 28 000 tödliche! Das sind geradezu entsetzliche Ziffern. Dazu ist förmlich eine Massentatastrophe die andere. Wir und auch die Bergarbeiter wissen, wo die Ursachen dieser Unfälle zu suchen sind. Sie liegen nicht in den Gefahren des Bergbaues allein, sondern an der Kubenkontrolle. Ein Beweis dafür ist, daß die Gesetzgebung nach Raddbod eingegriffen hat. Weshalb mußte man erst diese Katastrophe erwarten? Als Beuge Wilhelm Thomas von dem allgemeinen Bergarbeiterkongress in Berlin, wo er als Ankläger gegen Raddbod aufgetreten war, zurückkam, wurde er auf Beche Baldur, die zu Raddbod gehört, nachgeworfen! Auch die Zeugen, die im Kolonieprozeß der che Raddbod gegen die Dortmunder "Arbeiter-Zeitung" aussagten, wurden nachgeworfen! So f. man die Zeugen eingeschüchtert und beeinflußt, die günstig für die Beche aussagten. Der "Bergarbeiter-Zeitung" hat es nicht gewagt, auch nur eine Berichtigung zu schicken, während die rege Presse damit überflutet wurde, weil man wohl wußte, daß in "Bergarbeiter-Zeitung" Fachleute sitzen, welche die Berichtigung sofort das richtige Licht gesetzt hätten, was bei der übrigen Presse nicht der Fall war. Das ist jedenfalls ein Beweis, wie wahrheits- und sachgemäß geschrieben haben. Ich bestreite nochmals die Absicht einer Be-richtigung. Ich habe niemanden beleidigt noch beleidigen wollen und liege mich im übrigen den durchaus zutreffenden und sachgemäßen Dar-stellungen meines Herrn Verteidigers an.

Der Gerichtshof verkündet nach etwa 1½-stündigem Beratung folgendes

Itteit:

„Es soll nochmals hervorgehoben werden, daß Gegenstand der Verhandlung und Entscheidung lediglich der Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 20. Februar 1908, speziell das in diesem Artikel wieder-gegebene Zwiesgespräch gewesen. Dieses ist zweifellos geeignet, den Direktor Andree zu beleidigen, weil es den Vorwurf der Pflichtver-lezung in einem schweren Augenblick enthüllt. Andree hat aber alles getan, was möglich war. Es ist durch die Beideisaufnahme festgestellt, daß der Beleidigte, Direktor Andree, den ganzen Tag in der Grube persönlich an den Rettungsarbeiten sich beteiligt hat. Er ist schleunigst hinuntergefahren, hat Wassereimer mit herumgereicht (!), einen Ver-wundeten gerettet und einem Verwundeten sogar (!) seinen Rock umgelegt! Er ist als einer der letzten aus der Grube herausgefahren. Es haben sich keinerlei Anhaltspunkte ergeben, daß er in der Grube etwas unterlassen hat. Das Gespräch hat nicht stattgefunden; auch nicht sinngemäß, wie in dem imklinierten Artikel an anderer Stelle behauptet wird. Der Beuge-Ratitschka, der aus nächster Nähe gehört, daß ein Herr, der als Professor angesehen worden und als den wir Herrn Andree zu betrachten haben, auf die Bemerkung eines andern, der vermeinte, daß noch Lebende in der Grube wären, mit größter Teilnahme geantwortet: „Leider, leider, aber was ist zu machen . . .“ — Das ist aber das Gegenteil von dem, was in dem vom Unge-hagten wiedergegebenen Zwiesgespräch dem Nebenkläger in den Mund gelegt wird.“

Der Angeklagte konnte glauben, daß die Sache sich so verhielt, wie er sie dargestellt hat. Es ist auch die Frage, ob der Angeklagte berechtigte Interessen vertreten, an sich zu bejahen. Die Ausführungen des Wilhelm Thomas in Berlin konnten ihn veranlassen, an die Richtigkeit des von ihm wiedergegebenen Gesprächs zu glauben.

Der Angeklagte hätte aber die Absicht, Andree persönlich anzugehen und zu fränen. Das geht aus der Kenntnung des Namens und aus dem großen Drud hervor, in dem der Angeklagte das Gespräch wiedergegeben. Was der Verfasser mit der Wiedergabe des ungewöhnlichen Gesprächs sagen will, wird in dem Artikel nicht gesagt. Im Anschluß an das Gespräch kommen einige nichtssagende Verzerrungen, die den Eindruck, den das Gespräch hervorruft, aus dem vermissen lassen.

Die von Sandoz, weil das Gespräch herein trugen müßten, verstoßen sollen. Die knappe Form aber der Bieherrede des Gesprächs beweist, daß der Angeklagte die Absicht gehabt, zu beledigen. Die Absicht der Bekleidung ist also aus der *apareca* festgestellt.

Der Angeklagte ist zwar *hier* wie *erholt* vorbeigebracht, aber dem Gericht erischen eine Geldstrafe von 500 Mark und Publications-

Das Urteil und seine Begründung ist für uns völlig unverständlich. Da der Wahrscheinheitsbeweis nicht geführt ist, auch nicht sinngemäß, darüber beschließen wir das Urteil ruhig der Öffentlichkeit. Selbstverständlich gehen wir gegen das Urteil Revision eingeleget. Wir wünschen mit, daß die

U
b
G

Vergarbeiter in den Streit getreten sind, um dadurch die Anerkennung der Organisation zu erwingen und was das Wichtigste überhaupt ist: Es sind reichstreue Bergleute, unsere bisherigen Gegner, die für die Anerkennung unseres Verbandes streiken! Der Kampf in Mansfeld bietet im Gewerkschaftsleben eine ganz neue, ungeahnte und für beide Teile des Kampfes überraschende Erscheinung, an welcher die deutsche Gewerkschaftsbewegung nicht achtslos vorübergehen kann. Er öffnet eine neue Perspektive und zerstört den Glauben an die Treue und Zuverlässigkeit reichstreuer oder gelber Gewerkschaften so vollständig, daß selbst die Unternehmer, wenn sie nicht mit Blindheit geschlagen sind, einsehen müssen, daß sie wohl Gesinnungsumsturz drücken, aber den Arbeitern keine innere Überzeugung holen und daß reichstreue und gelbe Gewerkschaften viel weniger Garantie vor einem Streit bieten, als ein Tarifabschluß mit einer anerkannten Organisation.

Der wunderselber Bergbau zählt zum ältesten Bergbau Deutschlands und hat sich Jahrhunderte im Besitz des „edlen“ Grafengeschlechtes von Mansfeld befinden. In einem Familienbeschluss vom Jahre 1448 heißt es, daß die Grafen der Burg Mansfeld die Städte Eisleben und Hettstedt und das Bergwerk „in ungesämt und ungesondert“ besitzen sollten, und daß „zu ewigen Zeiten“ keiner von ihnen seinen Teil an diesen Stücken an einen Fremden, Fürsten oder Herrn verkaufen, verschenken, oder verpfänden dürfe. Die für „ewige Zeiten“ bestimmte Bergherrlichkeit der „edlen“ Grafen von Mansfeld hat nicht ewig gedauert, wie auch die kapitalistische Bergherrlichkeit nicht ewig dauern wird. Die „edlen“ Grafen fanden in dem Bergbau eine reichlich stetzhende Einnahmequelle und so bestimmte Graf Albrecht von Mansfeld 1511, daß, weil Gott der Allmächtige die thüblche Grafschaft Mansfeld neben anderen Wohlstaten auch mit Bergwerk reichlich gesegnet und Bergarbeiter hochubrig seien, daher auch sämtliche Grafen ihren Untertanen aufgelegt, ihre Kinder auf den Bergbau zu halten und solche auch Fremden freisetze. So zogen die Grafen „viel Bergvolk“ in ihre Gerichtshoheit, aber auch unter ihrer Herrschaft hatten die Knappen nichts zu lachen und öftmals erlebten sie keinen Lohn, weil die feudalen Bergherren den ganzen Erlös aus den Bergwerken für ihre Passionen verprachten, aber dafür hat man die Gebeine vieler Ritter und Arbeiterbetrüger in der Kirche zu Mansfeld ausgegraben! Wie Spannungen berg erzählt, stand man 1556 am Schlosse auf dem Mansfelder Berg, und als der alte Graf Mansfeld

holzhaue auf dem Mäusfelder Berg einen Absagebrief der Bergleute an den Grafen aangeschlagen, in welchem dem Grafen „gedreinet“ ward, zu rauben und zu brennen, wo sie ihren vollen Lohn nicht ald bekommen würden und es kam denn auch zum Aufstand, aber viele fromme Bergleute“ hatten an solchen Führnissen keinen gefallen, da sie wohl wußten, daß das nicht der rechte Weg sei, ausständige Gebühren zu suchen.“ Streifbrecher nannte man damals fromme Bergleute“ und den Grafen, welcher die Leute um ihren Lohn bestahl, einen „hochedeln“ Mann; die streikenden Bergleute, die ihr Recht forderten, „böse Buben“ die gestraft werden müssten. Ein Jahr später (1557) jedoch, sagt Spangenberg: „Stunden die Bergleute auss, ließen die Arbeit stehen und wollten fürhumb erzalet sein, dreyweten (Drohten) auch, den andern, so an die Arbeit gingen, den Hals entzwey zu schlagen!“ Schon damals erfanden die Knappen, daß sie nur durch Einigkeit zu ihrem Rechte gelangen könnten, Streifbrecher jedoch ihre Sache verraten und denen man als Verräter den Hals „entzwey“ schlagen müsse und tatsächlich kam es damals zu kämpfen zwischen den „frommen Bergleuten“ und den „bösen Buben.“ „Um diese Zeit sind vielen Bergleuten des Nachts in ihren Hauen die Eysen durch böse Buben abgehauen, etlichen sind die Leittern bewine zerhauen worden, ob sie nicht einfaren noch arbeiten sollen.“ Durch das Nichtbezahlen der Knappen und das mehrfache „Nuffstehen“ des „Bergvolkes“ ist das ganze Bergwerk radicirt worden“ und die grausliche Bergerrlichkeit zu Ende gegangen.

Von den Gräfen von Mansfeld ging das Besitzer- und Bergungsberecht an die Stadt Nürnberg, dann an Leipzig und später die heutige Bergengesellschaft der Mansfelder Gewerkschaft über, doch das Los der Schäppen blieb unverändert ein trauriges, fast schlechteste aller Bergarbeiter Deutschlands. Als 1861 der reuzische Bergbau ganz der privatkapitalistischen Willkür ausgesetzt wurde, bemühten die Leiter der Mansfelder Gewerkschaft konservativen, halb mittelalterlichen feudalistischen Auffassungen Bergleute, diese für alle Zeiten in völliger Unterwerfung und erer Treue zum „Brotgeber“ zu erhalten. Direktor Leuschner, Mansfelder Stumm, führte in seiner langen „Regierungszeit“

Das saarabische System vollständig ein, mächte die Bergleute unzufrieden, gewährte einige Scheinwohlstaten und unterdrückte für jede freie Meinungsregung nicht nur unter den Bergleuten, sondern auch unter den Geschäftsleuten, Wirtten, kurz der ganzen Bevölkerung und brach so allmählich den alten Knappentrotz. In Bergleuten wurden geringe Darlehen gewährt und sie ermuntert, ein Häuschen zu bauen, was auch ein großer Teil der Belegschaft getan hat. Diese Bergmannshäuser sind kleine, niedrige stöckige Häuschen mit meistens zwei Wohnungen, von denen die eine vom „Eigentümer“, die andere von einem Mieter bewohnt wird. Hat sich nun ein Bergmann ein solches Häuschen erworben, Darlehen mit seiner Familie abgehängert, so hat er in demselben merhin den Schweiz und Verdienst langer Arbeit stecken und Häuschen hat für ihn nur dann einen Wert, wenn er in dessen he Arbeit hat und diese kann er nur bei der Mansfelder werkschaft finden. Um nun Arbeit zu behalten, um nicht die ammengehangerten Schweißpfennige zu verlieren, ertrugen die Bergleute bisher jede Schnauch, fügten sich willenlos und anscheinend zu murren allen Schuriegeleiten, die ihnen auferlegt wurden, selbst die Zerstörung des Familienglücks durch nichtvergessene, geile Beamte nahmen sie geduldig auf. Konnte sich doch ein Obersteiger aus Helsbra öffentlich unter seinen Bergleuten rühmen, er habe der Mansfelder Gewerkschaft nicht allein als Obersteiger die Dienste geleistet, sondern der Gesellschaft auch 400 Bergleute gemacht!! Wie muß dieser Arbeiterschaft gespielt worden sein, um sie in ihrer Unterwürfigkeit soweit abzudrücken und sie so vollständig zu entfummern, daß ein

Um jede freiheitliche Regung zu ersticken, um die Knappen von
n Berufssinteressen abzulenken, schuf die Werksverwaltung die

„reichstreuen“ Tänze gab und nebenher eine wüste Agitation in die bösen Sozialdemokraten. Die Bergleute wurden förmlich die reichstreuen Verbände gezwungen, weil diejenigen, die denselben angehörten, in ihrem Arbeitsverhältnis benachteiligt, die sich h besondes „reichstreu“ hervortaten, bevorzugt wurden und e hat es geschienen, als ob diese „reichstreue“ Bewegung der Erzeugung der Bergarbeiter mit entsprungen sei, denn Mansfeld te mitten in Deutschland eine saarabische Oase, an deren enzen die sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Agitations- wie an einer Felsenbrandung zerschlug. Die Ideen der modernen arbeiterbewegung erschienen immer in dem Sumpf der reichstreuen hritis. Doch nun ist der Damm dieses Sumpfes zerrissen, die gen Dünste verflogen und auch in Mansfeld hat der Geist freien, modernen Arbeiterbewegung siegreich den Einzug gehalten. In Trümmern liegt das here und feste Bollwerk der Mansfelder Knappen-

Die fortgesetzten Schüriegelungen, Lohnreduktionen, die immer währende Steigerung der Arbeitsleistung, die Verzweiflung aller Lebensmittel und damit der Einzug des Hungers in die Bergmannshütten machte sie nachdenkend, die "reichstreuen" Köpfe jungen und rebellisch zu werden, weil ihnen und ihren Familien der Magen immer lauter knurrte, und so sprengten sie von selbst die Fesseln der alten Unterwerfungslieft, schlossen sich in Massen dem Bergarbeiterverbande an, schöpften Mut und traten offen für die Sache der Organisation ein. Gleich ging das Denunzieren los, denn einige das reichstreue System erzeugt: Ein zahlreiches Schmarotzertum! Diese "reichstreuen" Schmachtlappen und selbst Frauen, die ihre eigenen Männer denunzierten, glaubten durch solche Judasstiche sich bei den beamten einen Stein ins Brett zu legen, und dem verzeiltigen Generaldirektor waren die Demobilisationen recht angenehm, er versuchte nun durch Maßregelungen dem Eindringen des Verandes entgegenzuarbeiten, und so wurden von April bis Ende September 73 Kameraden auf Straßenzapflaster geworfen! Querzogen, und zwar bis Juni, auf Schacht Freies Leben 18, dann Ende August auf Paulschacht 12 und vom 27. bis 29. September auf Nierandschacht gleich 45 Mann hinaus! Als die Kameraden den alten Obersteiger Priesler von Nierandschacht frugen, warum sie gekündigt würden, antwortete dieser, daß er das nicht wisse, e Kündigungen seien von der Ober-Berg- und Hüttendirektion erfügt und ihm der Auftrag geworden, die Kündigungen auszusprechen! Einer der Bekündigten fand dieses unglaublich und riet zum Obersteiger: „Bisher sind doch immer nur Mitglieder des Bochumer Verandes gekündigt worden, sollen nun auch wir reichstreuen an die Reihe kommen?“ Darauf Priesler: „Wenn es noch Mitglied unserer Reichstreuen sind, bedarf ja nur einiger Zeilen an die Ober-Berg- und Hüttendirektion und Ihre Kündigung wird sofort rückgängig gemacht!“ Damit hatte unser Kamerad das Rätsel löst, und so überführte, gestanden die Beamten und selbst der Direktor ein, daß die Kündigung nur wegen der Ungehörigkeit zum Verbande erfolgt sei. Und als die Bekündigten den Beamten erklärten, daß sie nur von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch gemacht hätten, wurde ihnen gesagt, daß sie sich anderen Verbanden anschließen, auch einen Mansfelder Bergarbeiterverband neu gründen dürfen, aber dem Bochumer sich zuschließen, daß dulde die Direktion nicht! Dieser Gewaltstolt brachte die Kameraden auf die Weisung, daß

Vieles Gewalttat brachte die Kameraden auf die Welt, denn
Hoffnungs- und Brötlösung von 50 ihrer besten Kameraden
wurden sie nicht stillschweigend hinnehmen, durften nicht untätig
gehen, daß so viele Kinder und Frauen unschuldig litt, weil die
Väter und Männer in einem „Rechtsstaat“ von ihren gesetzlichen
Rechten Gebrauch machen wollten. Die Bekündigten beriefen auf
am 29. September eine Belegschaftsversammlung beim Wirt Schmidt
in Molmet bei Hettstedt ein, dem am andern Tage seine
Firma Mansfelder Brauerei gekündigt wurde! So folgte ein Gewaltstreich nach dem andern, um dem
henden Unwetter zu stellen, ehe es über Mansfelds Lande
hergehen könnte. Die Versammlung wählte eine Kommission,
am 30. September bei der Werksverwaltung, und als sie hier
ihre erreichte, beim Revierbeamten Schmülau vorstellig wurde,
Herr Schmülau, der königlich preußische Bergrevierbeamte,

„Das hat gar keinen Zweck, das kann ich schon im Voraus sagen. Und wenn es zum Streit kommt, fragt es sich ja, wer es am längsten aufzuhalten kann, der Bochumer Verband oder die Mansfelder Gewerkschaft.“

Der Mann hält es nicht einmal für notwendig, auch nur zu suchen, Bergleute gegen Gesetzesverlechter in Schutz zu nehmen! Am 30. September wurde die Kommission auf der General-
aktion vorstellig und auch empfangen, jedoch alle ihre Wünsche
dieweg abgewiesen und zwar, wie Herr Generaldirektor Vogel,
g einige Tage später in einer Kriegerverehrerversammlung sagte:
„Er als Offizier sein „Ehrenwort“ nicht brechen könnte.“ Weiter
wirft der Mann unschuldig aufs Straßengeslaster, macht sie
iatlos, stürzt sie in Elend und Not, und nun er gebeten wird,
diesen grausamen Machtpruch rückgängig zu machen, verbleibt
seine — Ehre! Ein merkwürdig sonderbarer Begriff von Ehre,
den Millionen rechtshaffener Menschen kein Verständnis haben.
Bei dieser Gelegenheit ein Kommissionsmitglied den Herrn
Direktoren die Möglichkeit eines Streiks in Aussicht stellte, ent-
zog dem Generaldirektor die Befehlsgewalt.

„Ein Streik in Mansfeld? Nicht denkbar! Dafür schlägt uns
S „sichere und feste Volkwert“ unserer 12 000 reichstreuen Mitgliebert.
Und so lange wir noch so viele Reichstreue haben, verhandeln wir
nicht mit diesen.“

Damit war die erste Mission dieser Kommission erfolglos
endet und berief sie auf den 3. Oktober bei Schmidt in Molmelt
Belegschaftsversammlung des Miedwandschachtes, die in
einer Abstimmung mit 500 gegen 7 Stimmen den Streik beschloß.
mehr trat die Kommission zurück und der Arbeiterausschuß
die Friedensverhandlungen anzubauen, wurde bei der Werks-
leitung vorstellig und rief das Oberbergamt in Halle zur Ver-
sammlung an, die Herr Dr. Vogessang jedoch ablehnte und erklärte,
er mit niemanden verhandeln werde und sich von niemanden
christen lassen. Am 6. Oktober schlossen sich dann die
Geschaften des Eduard- und Freieslebenschachtes und
11. Oktober, nach einer Altenerversammlung, die am 10. im
einzelnerne Part in Hettstedt stattfand und in welcher der
erad Sachse über die Ursache des Streiks und die Bedeutung
koalitionsrechtes sprach, die Belegschaften des Paul-, Birkel-
Glückhüllschachtes an. Da jede Belegschaft fast zur Hälfte
Lebendtagsarbeiterin besteht, den sogenannten Kläuberin, die
den Steinhalde füßen und den geförderten Kupferschleifer von
Steinen löstrennen und aussuchen, und folglich nur dann
können, wenn die Förderung geht, also gar keinen Einfluss
auf die Förderung selbst, beschloß die Streikleitung, die
aber weiter „arbeiten“ zu lassen. Diese hätten nur ganz unnötig
Streikkasse belastet, während sie so von der Mansfelder Gewerk-
schaft ihren Lohn erhalten, um sich auf den Halde auszuruhen.
Gewerkschaft zählte die Kläuber mit zu den „Angefahrenen“
bekommt auf diese Weise eine große Zahl Streikbrecher heraus,
doch in Wirklichkeit nicht vorhanden ist, denn die unter-
he Belegschaft streikte fast vollzählig, von den sechs Schächten
im 3720 Mann.

So waren die Würfel gefallen, der „Rubicon“ überschritten, Reichstreuen Mansfeld ein Kampf entbrannt, den alle Welt und Mansfelder selber für unmöglich gehalten hatten und da von Arbeiterschaft nichts anderes gefordert wurde, als Wiederaufliegung bemühten und Duldung der Organisation, hoffte die Leitung, daß die Verwaltung nunmehr, nachdem sie doch die ree Stimmung ihrer Belegschaften erkennen müsse, diese Forderungen anerkennen und Frieden machen werde. Sie kegte sich an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Gesellschaft, Obermeister Dr. Dittrich in Leipzig, der auch die Kameraden Halle Sachse empfing, jedoch nur als Privatmann. Er erklärte, er persönlich nichts dagegen einwende, wenn sich die Bergleute äußerten, jedoch könne er die Maßnahmen der Direktion nicht akzeptieren, könne nicht in die Direktiven der Werksleitung eingreifen, jedoch sein möglichstes tun, um die Differenzen beizulegen. Der Streifleitung Antwort zuzuhören lassen. Diese Antwort

Gießen, den 10. Oktober 1909.
Herrn Häuer Halle, seitgestd.
Unter Bezugnahme auf die Unterredung vom gestrigen Tage,

Gewöhnung keine Veranlassung hat, den Maßnahmen der Oberberg- und Hüttendirektion entgegenzutreten.

Der Vorsteher der Gewerkschaftsdeputation:
Dr. Dittrich.

Sehr "hochherzige" und "edele" Herren, diese Deputationsmitglieder, die keine Veranlassung finden, die zu unrecht und unschuldig Geschädigten wieder einzuspielen, keine Veranlassung finden, wenn durch den Urteilspruch des Herrn Generaldirektors hunderten unschuldigen Kindern das Brot aus den Händen geschlagen wird, wenn ganze Familien in Not und Elend gestoßen werden! Wer braucht sich da zu wundern, wenn "erselbe" Oberbürgermeister der Arbeiterdeputation, als diese darauf hinweist, daß viele Mansfelder Bergarbeiter keine 3 Mark Lohn verdienten, mit ihren Familien umzogen, sagte: "Ach, was! Mit 3 Mark Lohn braucht doch noch keiner zu hungern!" Wir glauben, daß das, was Herr Dr. Dittrich täglich für seine Person allein mehr verbraucht als 3 Mark, zur Ernährung einer Bergarbeiterfamilie ausreichte und der Mann müter den Knappen zu, mit solchem Bettelgold die ganze Familie durchzubringen. Wie lächerlich es ist mit den Bergarbeiterfamilien in diesem reichen Revier bestellt ist, erhellt am besten die Tatsache, daß bei manchem die Streikunterstützung höher war, als der Lohn, den er während einer Woche auf dem Schacht verdiente!

Den preußischen Handelsminister ersuchte die Streikleitung telegraphisch, eine Vermittlung anzubahnen und den Frieden herzustellen. Die Depesche lautet:

"Hettstedt, den 12. Oktober 1909.

An den Preußischen Minister für Handel und Gewerbe,
Eggeling v. Sydow, Berlin.

Die Mansfelder Bergbau-Gewerkschaft hat 50 Bergleute gemahnt, weil dieselben sich organisiert, denn Bergarbeiter-Verbande angeschlossen haben und ist dagegen im Bergrevier Mansfeld ein Streik ausgebrochen. Lohn- und sonstige Forderungen sind nicht gestellt.

Deputationen der abgelegten Bergarbeiter haben vor dem Streik die Werksverwaltung um Aufnahme der Klüdigung und Bildung der Organisation gebeten. Arbeitsausschuß und Oberbergamt haben während des Streiks verhandelt, aber nicht erreicht, daß die Klüdigungen zurückgenommen würden.

Die versammelten über 4000 Streikende beschlossen, Eure Eggeling um Vermittlung anzuwünschen und bitten, einen Kommissar nach hierher zu entsenden. Die Streikleitung:

J. U.: Karl Halle, Hettstedt."

Auf diese Depesche ging am 18. Oktober folgende Antwort vom Minister ein:

"Dem Wunsch, eine Vermittlung zwischen den streikenden Bergleuten und der Mansfelder Gewerkschaft einzutreten zu lassen, vermag ich zu meinem Bedauern nicht zu entsprechen, da ich mir davon bei den obwaltenden Meinungsverschiedenheiten einen Erfolg nicht versprechen kann.

Staatsminister v. Sydow.

Auch hier abgewiesen, blieb der geliebten Arbeiterschaft nur noch der Kampf übrig, und da im ganzen Revier Kampftumming herrschte, entschloß sich die Zentralstreikleitung, außer den am Streik schon beteiligten Schächten noch dem Hohenhalschacht bei Helsbra und der Kupferhammerhütte bei Hettstedt die Genehmigung zum Mitschaffen zu gewähren, die sich dann auch am 16. Oktober dem Streik anschlossen. Beide Betriebe waren sichere Hochburgen der Reichstreuen, arbeiten doch auf Hohenhalschacht die Hauptminadoren der Reichstreuen, und doch fiel dieser Schacht am vollständigsten! Die Reichstreuen versagten also vollständig. Nunmehr standen noch die drei Schächte bei Eiselen dem Streik fern und hoffte die Zentralleitung, das Direktorium werde jetzt nachgeben, ohne daß der lezte Schacht in den Kampf hineingezogen werden müsse. Deshalb wurden die Arbeitsaufschüsse nochmals am 19. Oktober bei der Generaldirektion vorstellig, wurden aber höchstens von Dr. Vogelsang abgewiesen, der als Dirigent eines Gesangvereins keine Falschläger dulden will. Dann hoffte er immer noch, daß auf den Eiselener Schächten die Reichstreuen noch so fest fassen, daß diese sich dem Streik nicht anschließen würden. Umsonst. Am 21. Oktober streikte auch der Herrmannschacht, der größte, und am 22. der Otto- und Chlothardschacht. Damit haben sich sämtliche Schächte des Mansfelder Reviers dem Streik angegeschlossen und, da am 23. sich rund 8000 Streikende auf dem Streikbüro anmeldeten, befinden sich mehr als zwei Drittel der unterirdischen Belegschaft im Streik. Aber auch damit hat er seinen Höhepunkt noch nicht erreicht, denn dadurch, daß man Militär, worüber unten berichtet wird, ins Revier gelegt hat, ist die Erbitterung derart gestiegen, daß die Streikbrecher niemals zu Hause bleiben, sich jedoch nicht auf dem Streikbüro melden. Außerdem haben sich am 24. noch zwei Hütten bei Leimbach dem Streik angeschlossen. So hat Herr Dr. Vogelsang ein Feuerchen angestellt, an dem er sich die Finger verbrennen darf und auch verbrennen wird.

Bolzswirtschaftliche Rundschau.

Eine Verurteilung der deutschen Zoll- und Wirtschaftspolitik

bedeutet — wie im vorigen Jahre — auch diesmal der Bericht der Straßburger Handelskammer für das Jahr 1908. Zunächst konstatiert der Bericht, daß der wirtschaftliche Rückgang auch im Jahre 1908 anhalten habe, wodurch ein allgemeines Jurtschafthaus auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens eingetreten sei. Infolge des anhaltend hohen Preisstandes des Rohstoffes und der Kosten des Syndikats habe sich in zahlreichen Industriezweigen jenes Mischverhältnis zwischen Herstellungskosten und Verkaufspreisen gezeigt, das bei dem Eintritt jeder rückläufigen Konjunktur unvermeidlich sei. Die Arbeitslöhne hätten durchweg ihre durch die aufquerende Teuerung die Lebenshaltung herbeigeführte Höhe behauptet. Und weiter heißt es dann wörtlich:

"Es liegen bisher noch keinerlei Anzeichen vor, daß die Lebensmittelpreise den hohen Stand wieder verlassen werden, auf den sie ... in Deutschland hauptsächlich durch die Schutzzollpolitik gebracht worden sind."

Es sei erklärlich, daß sich in allen Kreisen der Bevölkerung eine Einschränkung des Verbrauchs in allen nicht unentbehrlichen Konsumartikeln bemerkbar macht. Alle Industrie- und Handelszweige klagen über einen ganz empfindlichen Rückgang der Kaufkraft und eine allgemeine Bevorzugung der billigen und billigsten Artikel bei dem laufenden Publikum. Auch die landwirtschaftliche Bevölkerung habe sich im vergangenen Jahr weniger kaufstark gezeigt als zuvor. Der Export werde ungemein erschwert durch die empfindlichen Zoll erhöhungen, denen die Exportindustrie fast allenfalls begegne. Die Wirkungen der letzten durch Deutschland angeregten Rezession, der Handelsverträge machen sich jetzt in verstärktem Maße fühlbar. Von den in amtlichen Rundschungen immer wieder behaupteten günstigen Wirkungen dieser Handelsvertragspolitik habe die Industrie des Straßburger Bezirks bisher noch recht wenig verfügt. Dagegen seien Anzeichen vorhanden, daß auch diejenigen Staaten, die in den letzten Jahren ihre Zolltarife noch nicht erhöht hatten, dies jetzt umso ausgiebiger nachzuholen beabsichtigen. Es werde aber schwer sein, solchen Zoll erhöhungen entgegenzuwirken, da Deutschland selbst mit dem schlechten Beispiel vorangegangen sei.

Zum Schluß klagt der Bericht über die neuen Steuern, besonders über die Verkehrssteuern und über die Einschränkung des Dienstes der Post gegenüber dem Publikum (Besitzung des Ankunftsstempels auf Briefen, Einschränkung der Briefbeförderung auf dem Lande usw.).

Es erübrigt sich, dieser Kritik der deutschen Wirtschaftspolitik etwas hinzuzufügen.

Aus den Berggewerberichten.

Oelsnitz. (Bergsiedgericht vom 20. September 1909.) Zur Verhandlung standen vier Verurteilungen gegen die Knapschafts-Berufsgenossenschaft Sektion VII in Zwickau. Vorsitzender: Finanzamtmann Dr. Weigel aus Freiberg. Beifänger aus der Mitte der Arbeitgeber: Kaufmännischer Direktor Herzog aus Oelsnitz und Obersteiger Schröder aus Oelsnitz. Aus der Mitte der Arbeitnehmer: Bauer Müller aus Hohndorf und Bauer Schmidt aus Neuölsnitz. 1. Der Berginvaliden

Gründ aus Gersdorf will vor circa zwei Jahren eine Quetschung an der rechten Eichel erlitten haben, hat aber hierfür noch keinerlei Entschädigung erhalten. Er verlangt jetzt eine Entschädigung von 50 Proz. der Vollrente. Auf Grund einer Untersuchung durch Dr. Kurzwelz im Kreisfrankfurtsift Zwickau, wurde er von der Berufsgenossenschaft mit seinem Anspruch abgewiesen. Das Schiedsgericht beschließt eine anderweitige ärztliche Untersuchung, die Sache wurde demnach vertagt. 2. Der Lehrhauer Sebalb Scheibner in Oelsnitz erlitt 1907 auf Grube Vereinsglück in Oelsnitz eine Verstauchung der Brustgräbelleiste, wofür er bis zum 17. Februar 1909 mit der Vollrente entschädigt wurde. Älterer beantragt aber die Vollrente bis 31. März 1909, indem er angibt, er sei bis zu dieser Zeit durch den Unfall krank und arbeitsunfähig gewesen. Da aber ein solcher Anspruch eine ärztliche Behandlung voraussetzt, welche Kläger von zwei Arzten auch angibt, aber nicht beweisen konnte, kam das Schiedsgericht zur Abweisung der Klage. 3. Der Lehrhauer Koch in Neuölsnitz erlitt am 12. Juli 1907 auf Grube Vereinsglück in Oelsnitz einen rechtsseitigen Schultergelenksbruch, wofür er mit 15 Proz. der Vollrente zuletzt entschädigt wurde. Auf Veranlassung der Berufsgenossenschaft wurde Nachuntersuchung vorgenommen, welche zur Einstellung der Rente führte und wogegen sich der Berufung richtete. Das Schiedsgericht kam ebenfalls zur Abweisung der Berufung, weil nach dem Auspruch des Dr. Bassenge in Oelsnitz der Schaden als geheilt anzusehen ist, es bleibt demnach bei der Einstellung der Rente. 4. Der Bergarbeiter Konrad Freitag in Oelsnitz erlitt am 9. Dezember 1905 auf Grube Vereinsglück in Oelsnitz einen rechtsseitigen Unterarmbruch und wurde zuletzt noch mit 10 Proz. der Vollrente entschädigt. Eine Nachuntersuchung durch Dr. Kurzwelz im Kreisfrankfurtsift Zwickau, hatte die Einstellung der Rente im Gefolge. Auch das Schiedsgericht erkannte auf Abweisung der Berufung, die Rente wird demnach eingestellt.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Übertragung der Beteiligungsquoten in der Kaliindustrie.

Nach den Vertragsbestimmungen des neuen Syndikats kann ein beschränkter Kreis der Syndikatsmitglieder von der Freiheit der Quotenbeteiligung überzeugung an andere Gewerkschaften Gebrauch machen. Das heißt, eine Gewerkschaft kann ihre Salzlieferungen an eine andere Gewerkschaft verkaufen. Von dieser Bestimmung hat jetzt die Gewerkschaft Hermann II zu Groß-Rhüden Gebrauch gemacht, indem sie am 16. Oktober in einer außerordentlichen Generalversammlung beschloß, das Kaufgebot der Gewerkschaft Gillicius-Sondershausen anzunehmen. Weitere Angebote waren auch von den Gewerkschaften Wintershall und Kelbergshall gemacht, die jedoch gegen Gillicius-Sondershausen verloren standen. Diese führt für die Lieferungsübertragung 780 000 Mt., außerdem sind die Syndikatspferen von dem laufenden Jahre zu tragen. Also 1/4 Millionen fallen der Gewerkschaft Hermann II in den Schoß, ohne einen Haushalt dafür zu tun. Dennoch redet man von einem Rückgang der Dividenden in der Kaliindustrie.

Zu bemerken ist, daß die Kaliabschaffarbeiten in dieser Zeit ihren Fortgang nehmen werden. 280 000 bis 250 000 Mt. erfordern hier die Unterhaltungskosten, Verzinsung der Anleihe mit eingerechnet, so daß rund 480 000 Mt. bei Aktionären für die schwer geleistete Arbeit in den Schoß fallen. Was bleibt der Belegschaft? Rieselschifflos wird die über große Mehrheit auf Straßenspätter gesetzt, welches schon zum Teil geschehen ist. Was kümmert dem Kapital die Not und die Entbehrung zahlreicher Familien! Oder sollte die Gewerkschaft Hermann II so gute Löhne gezahlt haben, daß die betroffenen Arbeiter getrost der Zukunft entgegensehen können? Soviel Schreiber dieses unterrichtet ist, hat die Gewerkschaft Hermann II die niedrigsten Löhne gezahlt.

Ein ähnliches Manöver wird von der Gewerkschaft Tenuonia zu Witten geplant. Diese steht ebenfalls mit der Gewerkschaft Wintershall in Verhandlungen, wonach diese die Salzgruppen 2, 4, 5 und 6 zum Preise von 380 000 Mark abreten will, während die Gewerkschaft Tenuonia die Gruppen 1 und 8 zu zumindest noch beibehält. Auch hier wird die Folge eine weitere Arbeiterentlassung sein, welche um so schwerer empfunden werden muß, da die Arbeiter weit von anderen Unternehmen wohnen und daher der Wohnungswchsel mit großen Kosten verbunden ist. Auch hier werden die Arbeiter aus allen Weltgegenden zusammengeführt, um möglichst billige und willige Kräfte zu erhalten, was ja auch zum größten Teil mit Hilfe einziger Arbeiter (Vertreter) gelungen ist. Also, Kaliarbeiter, für euch öffnen sich nette Zustände! Nur so weiter und ihr werdet in der Zeit wo "Friede auf Erden" und den Menschen ein Wohlgefallen" gepredigt wird, die bitterste Not und Elend als Gatt bei euch zu Hause haben.

Aus der Deutschen Arbeiterbewegung.

Die große Seuche bei Krupp.

Das Kruppsche Werk hat es für vorteilhaft gefunden, sein Herrschaftsgebiet auch mit der gelben Seuche zu infizieren. Es ist in Essen ein Nationaler Arbeiterverein Werk Krupp gegründet worden, dessen Wohl und Gedanken sich die Firma aufrichtig am Herzen liegen läßt. Einer ihrer Amtssprecher redigierte die neue "nationale" Zeitung (früher "Deutsche Arbeiter-Zeitung"), ein evangelisches Blatt, das bis zur Übernahme durch Krupp stets vom Pleitegeier bedroht wurde und aus ihrem Geschäftsgewinne speist sie die städtische gelbe Gesellschaft. Daß sie die Agitation für die Gelben in ihrem Betrieb nicht nur duldet, sondern mit allen Kräften unterstützt, ist nach Lage der Sache selbstverständlich. Daß die Gelben selbst kein Mittel scheuen, Mitglieder zu pressen, davon zeugt nachstehender Vorgang: Der Werkmeisterverein hielt eine Versammlung ab, um sich einen Worttag halten zu lassen. Der Referent, ein eifriger Förderer der Gelben, erklärte bei seinem Eröffnen in der Versammlung, daß er "leider" den verprochenen Vortag nicht halten könne, dafür aber über die Beweinung des Nationalen Arbeitervereins Werk Krupp sprechen werde. Sprach und sang fogleich an, die Gelben sahnten ihrem widerigen Führer, dem Bürger Leibus, über das Schellenauge zu loben und alle anderen Gewerkschaften zu beschimpfen. Die anwesenden Beamten und Werkmeister hörten sich zunächst mit belustigendem Lachen an, und sagten sich: Was geht das uns an? Als Werkmeister und Beamte können wir doch nicht Mitglieder des Arbeitervereins werden! Eine so ähnlich laudante Erklärung gab dann auch der Versammlungsleiter, ein Kruppscher Beamter, ab. Die Versammlungsteilnehmer aber hatten die Reaktion ohne den gelben Referenten gemacht, der ihnen erklärte, daß aus dem Titel des gelben Arbeitervereins das ominöse Wort "Arbeiter" ausgetrichen und somit der Stein des Anstoßes beseitigt werde. In dem Nationalen Verein Werk Krupp, hörten dann alle graduellen Unterschiede auf, jeder Arbeiter und Angestellte des Kruppschen Werks wurde Mitglied werden.

Dass die Beamten von dieser Übermumpelung wenig erbaut waren, läßt sich denken. Haben sie nicht Glück gehabt, scheuen sie einen christlichen Kämpf um ihre Koalitionsfreiheit, so werden sie über kurz oder lang ein Fühlein in den gelben Schuhputze des Werkes Krupp bilden. An dem nötigen Nachdruck wird es das Werk nicht fehlen lassen.

Mit welchen Mitteln übrigens auch die Werksverwaltung an der Ausbreitung der Gelben in ihrem Werk arbeitet, das verrät der "Bund", das Organ der Gelben, in seiner letzten Nummer. Eins der berüchtigsten Lock- und Pressionsmittel der Gelben sind die sogenannten Werksfahnen, die natürlich von den betreffenden Werken gespist werden. Auch bei Krupp besteht eine solche. Die Werktage dafür sieht die Firma Krupp ein. Der "Bund" selbst teilt mit: Die Fahnen für die Gelben gehen durch das Kruppsche Lohnbüro, um eine pünktliche und geregelte Beitragszahlung durchzuführen. — Das Lohnbüro hat also eine Liste der Gelben und befolgt deren Geschäfte. Die Firma meint also, wer gelb, und sie weiß vor allen Dingen, wer nicht gelb organisiert ist. Was das aber bedeutet, braucht wohl nicht gelagert zu werden. So arbeitet das "nationale" Werk Krupp für die widerlichste soziale Erbscheinung der Gegenwart.

Die Rückwärtsentwicklung des christlichen Tabakarbeiterverbandes.

Der christliche Tabakarbeiterverband ist, wie wir kürzlich mitteilten, allein in Westfalen vom 1. April 1907 bis 1. April 1909 von 2079 auf 1601 Mitglieder zurückgegangen. Das ist in zwei Jahren ein Verlust von 1078 Mitgliedern = 40,24 Prozent. Dieser Rückgang trat ein, trotzdem im Herbst 1908, vor der drohenden Tabaksteuer, eine ständige Hausagitation von den Christlichen entfaltet wurde. Jede Woche wurde die Zahl der geworbenen Mitglieder im christlichen Verbandsorgan vermeldet. Der Vorstand hat beschlossen: Im Falle der Annahme der Tabaksteuer sollte den neu aufgenommenen Mitgliedern der 52 westfälischen Gewerkschaften nicht angerechnet werden. Es gibt alles nichts. Wie es nach diesen Ausführungen trotzdem im christlichen Verbands aus sieht, möge folgende Gegenüberstellung mit dem freien Tabakarbeiterverband für das Jahr 1903 verdeutlichen.

Durchschnittliche Arbeitslosen- und Streit- und Gewalt-Mitgliederzahl	Nostaldische Unterhaltung	Kranken- und Mitgliedsunterstützung
28 558	42 688	122 887
5 551	1 288	5 461
		4 667
		102 886

Es entfallen mithin auf ein Mitglied im:

Mark	Mark
6,74	0,92
0,84	

Dabei erhebt der christliche Tabakarbeiterverband 30, 40 und 50 Big. Beitrag pro Woche, der freie Verband 25, 45, 55, 65 und 80 Big. Hoffentlich sehen die christlichen Tabakarbeiter die Ohnmacht ihres Verbandes immer mehr ein und ziehen die einzige sich ergebende Konsequenz daraus. Der M. Gladbach'sche Westantrittszeitungsklub nimmt festigt für die Arbeiter nur die verderblichsten Folgen.

Knappshaftliches.

Zur Praxis des Allgem. Knappshaftvereins Bochum.

Zu der letzten Zeit besteht es der Allgem. Knappshaftverein Bochum immer wieder, Mitglieder der Pensionsklasse, die nach Gehaltsabstufungen sind, sich bei bestehender Gelegenheit aus der Klasse herauszutragen.

Ganz besonders trifft dies zu bei Bergleuten, die noch keine Wartezeit von 250 Wochen in der Pensionsklasse hinter sich haben. So erging es auch einem Kameraden aus Alstaden, der im Jahre 1904 die Bergarbeit aufgenommen hatte und dann im Juni 1909 in die ständige Klasse aufgenommen worden war. Am 29. Mai 1909 gab er seine Arbeit auf und ging bis zum 14. Juni in seine Heimat. Als er am 15. Juni die Arbeit auf der Zeche wieder aufnehmen wollte, stand man bei der ärztlichen Untersuchung — die nebenbei gesagt drei Mark kostete — heraus, daß der Kumpel wegen allgemeiner Schwäche nicht als Mitglied der Pensionsklasse aufgenommen werden könnte!

Hiermit gab der Kamerad sich nicht zufrieden, er war vielmehr der Meinung, daß er, da er seit 1904 Beiträge gezahlt, die Wartezeit von 250 Wochen erfüllt habe und sonst entweder zum Invaliden erklärt, — oder aber weiter als Mitglied der Pensionsklasse geführt werden müsse. Das Schiedsgericht in Dortmund wurde zur Entscheidung angerufen. In einem Schriftsatz des Allgem. Knappshaftvereins an das Schiedsgericht wird nun in der Sache folgendes ausgesetzt, was allgemeine Beachtung verdient:

"Gemäß § 27 der Satzung sind Mitglieder der Pensionsklasse, welche, ohne arbeitsunfähig zu sein, aus der die Mitgliedschaft begründenden Beschäftigung ausscheiden und nicht Mitglieder einer anderen Knappshaft-Pensionsklasse werden, bei einem Dienstalter von wenigstens fünf Jahren berechtigt, sich die erworbenen Ansprüche auf die Pensionsklassenleistungen durch Zahlung einer Anerkennungsgebühr zu erhalten. Bei Auslegung dieser Segungsbestimmung hinsichtlich des Dienstalters ist bisher davon ausgegangen, daß Dienstalter gleichbedeutend sei mit der genügs § 44 Absatz 1 der Satzung die Unwirksamkeit des Dienstalters ist bisher davon ausgegangen, daß Dienstalter gleichbedeutend sei mit der genügs § 44 Absatz 1 der Satzung die Unwirksamkeit des Dienstalters ist bisher davon ausgegangen, daß Dienstalter gleichbedeutend sei mit der genügs § 44 Absatz 1 der Satzung die Unwirksamkeit des Dienstalters ist bisher davon ausgegangen, daß Dienstalter gleichbedeutend sei mit der genügs § 44 Absatz

der Bergbehörde doch einmal den Platz geben, diesen Musterplatz einmal ganz gehörig unter die Lupe zu nehmen, natürlich unangemeldet, sie würde dann sicherlich etwas mehr zu sehen bekommen. Trotz des Arbeitsmangels aber auch selbstverständlich recht viel geleistet werden, woraus sich auch erklärt, daß man selbst den reichsten Schächten ganz gehörig auf die Finger sieht. Sicherlich müssen einige von dieser Sorte im Versteck vorstehen, um befragt zu werden, was sie eigentlich tags zuvor gemacht hatten. Das Drolligste dabei ist, daß wenn solches nur reicht, wie es hier der Fall war, betrifft, keiner eine Ausrede findet. Sind aber Verkäufer dabei, so werden gewöhnlich diese von jenen Nachameraden angegeschwärzt und der "Feierabend" weizt dann selten bedauernswerten Leuten zu erzählen, daß der Verband den Arbeitern vorstelle, was sie leisten sollten. Auch das Prostesten ist dem Herren Bergbeamten bisher und dem Herrn Direktor Etwas ein Dorn im Auge, wie dies auch bei der letzten Bergbauausstellung zum Ausdruck kam, denn der Herr Direktor wunderte sich sogar, wie das möglich sei, daß alle Arbeiter auf einmal Hunger belämen. Seit dem wird auch daraus geachtet, daß ja nicht einmal eine Kameradschaft aus einem Gott ist, damit die Förderung nicht darunter leidet. Seht ihr Arbeiter, wie der Kapitalist darauf bedacht ist, eure Arbeitskraft immer rationeller auszunutzen, weshalb es auch eure Pflicht ist, dahin zu wirken, daß auch diese gelungen begahlt wird. Solches kann man nur dadurch erreichen, indem man sich mit seinesgleichen in einem Bunde zusammenfindet, genau so, wie die Unternehmer im Kohlensyndikat vereinigt sind, wo sie ohne Unterschied der reichsten Ausschauungen ihre Interessen, welche nur Geldsackinteressen sind, vertraten. Tretet also dem Bergarbeiterverband bei.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtbezirk Dortmund.

Karl Wolf †.

Um vergangenen Freitag verstarb in Bonn, Bezirk Leipzig, unser Kamerad und Verteilster Karl Wolf, im Alter von 81 Jahren. Wir lernten Wolf kennen, als er im Jahre 1903 die Thüringischen Schieferbrucharbeiter (Meiningen-Schwarzenbach-Ludwigsstadt) für unsern Verband zu gewinnen suchte. Er war aber, wie wenige seiner Arbeitsgenossen, schon vorher stets für die politische Arbeiterbewegung tätig. Seitdem unser Verband in Freige kam, gelang es Wolf — der von anfänglich schwacher Überkonstitution war und durch Eindruck und Not der heimtückischen Pelekturkrauthheit, der Lungenchwindsucht, schon in seiner Jugend zum Opfer fiel und darum schwer krankte — eine ganze Reihe Zahlstellen für den Verband zu erschließen. Eine Reihe Unstände wiesen mit, daß Wolf die Freiheit seiner Arbeit trotz innerstaatlicher Tägigkeit nicht reisen sah. Die meisten von ihm gegründeten Zahlstellen gingen wieder ein, was er nie hat überwinden können. Die Menschen da oben in den Bergen waren nicht reif für die gewerkschaftliche Organisation. Wolf wurde mehrere Male gefangen gesetzt, hat, wie in seinem ganzen Leben, viel Not und Elend durchgemacht. Der Verband übte darum einfache Menschenpflicht, als er unseren Kameraden am 1. März 1907 als Bezirksteile anstelle. In dieser Stelle hat er nach besten Kräften gewirkt, bis ihn der Tod ereiste, eine trauernde Gattin mit zweien Kindern hinterließ. Zu den Sieben gestorben, heißt es auch für ihn. Und darum werden wir allezeit dem Toten ein getreues Andedenken bewahren.

Die Probe aufs Exempel.

Unter dieser Überschrift bringen „Das Reich“ und einige andere Blätter gleicher oder ähnlicher Couleur einen Artikel, der sich mit dem Streit der Bergarbeiter im Mansfeldischen Revier beschäftigt. Der Artikel führt den gelben Neid der „Christen“ erneut, darüber, daß die Mansfelder Bergarbeiter von der „christlichen“ Organisation nichts wissen wollen, sondern sich dem freien Bergarbeiterverbande angegeschlossen haben. Daß sich die Sünderjünger, beim Beispiel ihres Meisters folgend, in dem Artikel eine Anzahl dreister Unwahrheiten leisten, versteht sich am Mandt. Zuerst ist unwahr, daß der sozialdemokratische Verband die von den liberalen Preisen in dem Revier hervorgerufenen Steuerverkürzung und die durch die Werksleitung durch Lohnreduzierungen veranlaßte Verbitterung der Arbeiter benutzt, um agitatorisch vorzugehen. Der sozialdemokratische Verband hat schon vor einer Reihe von Jahren in seinem Revier Eingang gefunden und besitzt seit Jahren dort stabile Mitgliedschaften, wovon sich jeder durch die alljährlich veröffentlichten Abrechnungen überzeugen kann. Daß die Lohnreduktionen und die mit Hilfe der „christlichen“ Arbeitertreter geschaffene neue Belastung der Arbeiter mit dazu beigetragen haben, die Erbitterung der Arbeiter zu steigern, ist allerdings richtig, aber dann sollte „Das Reich“ und seine Gesinnungsgenossen auch verstehen, warum die Mansfelder Bergleute von den „christlichen“ nichts wissen wollen. Aber die Lohnreduzierungen und die neue steuerliche Belastung der Arbeiter waren doch nicht die ausschlaggebenden Gründe, welche die Mansfelder Bergleute in den Streit treiben. Der Hauptgrund war vielmehr das Bestreben der dortigen „christlichen“ Grubenbesitzer, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben. Die fortgesetzten Maßregelungen von Arbeitern, die sich nichts haben zuzuhören lassen und deren einziges Verbrechen darin besteht, daß sie von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen, brachte das Maß zum Überlaufen; dagegen den Kampf aufzunehmen, waren die Arbeiter ihrer Arbeitsherrn schuldig. Doch sie sich zu führen in diesem Kampfe nicht die wachstumspatienten „Christen“ wählen, sondern den Bergarbeiterverband, der schon seit Jahren sich bemüht hat, in dem Revier menschenfürdige Zustände zu schaffen, gerecht den Mansfelder Bergleuten nur zur Ehre.

Eine Fleggelei leistet sich „Das Reich“, welches erst vor kurzer Zeit den Verbandsvorstand zugesetzte Beleidigungen des und wehmütig zurücknahm, durch folgendes:

„Die Kosten des Streits werden die Unständigen leider selbst zu tragen haben. Erfahrungsgemäß haben die Sozialdemokraten wohl hunderttausende von Mark für russische und spanische Revolutionäre über, aber keine regelmäßige, ausreichende Streitunterstützung in solchen Fällen, wie im Mansfeldischen Revier.“

„Das Reich“ und seine Gesinnungsgenossen haben wirklich nicht weiß, daß ihr „christliches“ Säppse über die Streitunterstützung zu verbrechen. Die Streitenden erhalten die statutarische Streitunterstützung, die im Verbande zur Zeit 12 Pf. pro Woche und für jedes Kind unter 15 Jahren 1 Pf. extra beträgt. Freilich, wenn die „Christen“ den Streit zu führen hätten, dann würde es den Streitenden wohl zu gehen, wie seinerzeit den dem „christlichen“ Gewerbeverein der Bergarbeiter angehörenden Streitenden in Lößnitz. Dort konnte der „gewaltsame Starke“ Gewerbeverein keine Unterstützung zahlen und was er gezahlt hat, hat er im dortigen Revier und sonstwo zusammengebracht. Die „Christen“ schließen also von sich auf andere, wenn sie behaupten, die Mansfelder Bergleute hätten die Kosten des Streits selbst zu tragen.

Über die „christliche“ Fleggelei, die Sozialdemokraten hätten wohl hunderttausende von Mark über für russische und spanische Revolutionäre, aber nichts für die eigenen Mitglieder, gehen wir zur Tagesordnung über. Ein derartiger Blödsinn kennzeichnet sich selbst und andererseits hat es auch keinen Zweck, sich mit dummen-scheuen Schätzspuren über den Begriff Solidarität auseinander zu setzen.

Oberbergamtbezirk Breslau.

Gegen die Revolver-Bohrmaschinen

erklären sich sämtliche Teilnehmer einer Knappfestsitzung konferenz, die am 10. Oktober in Waldenburg stattfand. Waren sie vor die früher eingeführten Schrämmaschinen im höchsten Grade gesundheitsgefährlich, so gilt dies noch weit mehr von den sogenannten „Bohrhammern“. Diese sind auf allen Gruben des Reviers, in besonders großer Zahl aber auf den Werken des Fürsten Pless eingesetzt und stellen zweifellos eine technische Errungenschaft dar. Wie aber von allen kennen der neuen Maschine versichert wird, ist der Bohrhammer zwar geeignet große Leistungen zu verrichten, erinnert aber die Gesundheit nicht daran, daß er in handhaben Arbeiter ungeniebt. Das ist ohne weiteres erklärlich aus der Handhabung der Maschine. Der Bohrer wird an die Bohrfeste angelegt und vom Arbeiter mit der Faust oder Schulter angedrückt. Wiedann wird das Ventil geöffnet, durch das Druckluft in den Antriebsmechanismus eintritt und den Bohrer in rasend schnelle Stoßende Bewegungen setzt. Der Arbeiter hat demzufolge mit seinem Körper als Puffer für die Maschine zu dienen, die ihn ganz gefährlich durchschlägt. Der Tag für Tag auf solche Weise bohren soll, bekommt die Wirkung an seinem Leibe recht bald zu spüren. Muskelschwund, Kraftlosigkeit in den Gliedern und Nervenschwäche sind die Folgen. Auch die Atmungsgänge werden in Mitteidenschaft gezogen, da der sich entzündende Staub dem Arbeiter in Luftschläuche und Luage dringt. Die weiteren Wirkungen der neuen Bohrmaschinen kann ich jeder selbst ausmalen: sie bestehen in häufigen Krankheiten und früher

Invalide! Leider ist durch das Knappfestsitzung von 1907 die Knappfestsitzung für die Dienstboten bis zu 17 Jahren verringert worden und sind die Aussichten für die im Betracht kommenden Bergarbeiter sehr wenig erfreulich. Hier wäre ein Einschreiten der Bergbehörde gewiß eher am Platze; denn nicht nur die Rentabilität darf bei der Anfertigung neuer Maschinen den Ausfall geben, sondern auch die Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter.

Bellhammer. Noble Kriegervereins-Mitglieren. Vor ungefähr einem Jahrzehnt wurde, obwohl hier am Ende bereits ein Kriegerverein sein Dasein fristete, noch ein zweiter gegründet. Man war gut nicht sicherlich in den Beschlüssen für den Verein und warb auch um ausgesprochene Sozialdemokraten. Später, als sich die Mitgliederzahl erhöhte und die Kasse gestärkt war, hielt man Aussicht. Unter den Vereinten befand sich auch ein Knappfestsitzung, den man mit noch circa einem Dutzend „Moten“ ausschloß. Tränen der Rührung wegen des Ausfalls sollen die Betroffenen nicht geweint haben, dorob heller Angstrum bei den Patrioten. Die Sache wurde gerichtet werden: Beim Vorstand des niedersächsischen Knappfestsitzung, dem Herrn Helfste als Mitglied angehört, ließ eine Beschwerde ein, derzu folge der Helfste einsetzte und bei einem Kriegsvereinstegebrücke ein. Der Helfste wurde durch den Knappfestsitzung vorstand sowie durch den Bergverwalter Hornig vernommen. Glücklicherweise konnte der Helfste die Halslosigkeit der gegen ihn hinterlistig eingeschlagenen Beschuldigungen nachweisen. Der Helfste richtete folgenden Brief an den Kriegerverein vorstand:

„An den lösbl. Vorstand des Krieger- und Veteranen-Vereins
z. H. des Herrn Oberheizers Kampf,
Bellhammer.“

Der Vorstand des Krieger- und Veteranenvereins Bellhammer reichte beim Vorstand des niedersächsischen Knappfestsitzung sowie bei Herrn Bergverwalter Hornig eine Beschwerde ein, derzu folge ich mich bei der Ausübung meiner Funktion als Helfste in parteilicher und einseitiger Weise betäubt hätte. Ich war in der angenehmen Lage, bei den beiden genannten Instanzen die Unrichtigkeit Ihrer Beschuldigungen nachzuweisen, da ich mich sowohl in meiner Eigenschaft als Helfste als auch in Privatleben jeder einsetzigen Partei anhabe enthalten und meine Funktion als Helfste so ausgelüftet habe, daß ich eine Kritik nicht an scheinen habe. Ich glaube aber von dem Vorstande des Krieger- und Veteranenvereins Bellhammer für die Zukunft erwartet zu dürfen, daß er nicht unbegründete beweislose Geschüchte ohne eingehende Untersuchung zum Gegenstand von Beschwerden macht, wie dies im gegenwärtigen Falle geschehen ist. Ich glaube von Ihrer Wahrheitsliebe erwarten zu dürfen, daß Sie nach Kenntnis dieses Briefes und nachdem Sie sich von der Unhaltbarkeit Ihrer Angriffe überzeugt haben, dem Vorstande des niedersächsischen Knappfestsitzung und Herrn Bergverwalter Hornig gegenüber Ihnen bestreiten, daß der Helfste die Krieger- und Veteranenverein Bellhammer in der Beurteilung meiner Handlungen eingeschalten. Ich erwarte ferner, daß auch den Mitgliedern Ihres Vereins von dem Inhalt dieses Schreibens Kenntnis gegeben wird. Sollten meine zwei letzten Erwartungen nicht in Erfüllung gehen, so bleibt mir nichts Anderes übrig, als gegen solch ungerechtfertigte Angriffe mich in der breiten Öffentlichkeit zu verteidigen und die Leiche der Verdorbenen bloßzustellen. Hochachtend Heinz Krause, Helfste.“

Lohnbewegungen und Streiks.

Der Bergarbeiterstreik in Mansfeld unter dem kleinen Belagerungszustand.

Mit Militär über schwemmt wurde das Streikfeuer in der Nacht vom 21. auf den 22. Oktober und zwar durch ein Bataillon der Ober von Magdeburg und drei von Halle und außerdem noch eine Kompanie der Maschinengewehrabteilung mit drei Maschinengewehren, von denen sofort zwei in Schußbereitschaft vor den Toren der Kupferhammernhütte in Hettstedt aufgeschlagen wurden! Um 10½ Uhr abends kam das Bataillon der Ober von Magdeburg in Hettstedt an, jeder Soldat mit 60 scharfen Patronen versehen und direkt aus dem Eisenbahnwagen kommend, ließ der kommandierende Offizier sie vor dem Bahnhof antreten, die Gewehre laden, die Sturmiemen herunter und dann im Laufschritt nach der Kupferhammernhütte abmarschieren. An der Hütte angekommen, erscholl das Kommando: „Schildgewehr pflanzt auf! Und nun wurden mit scharf geladenen Gewehren und aufgespanntem Seitengewehr die leeren Straßen gesäubert! An den beiden Hüttentoren wurde je ein Maschinengewehr aufgesetzt, um nötigenfalls gleich schußweise die reichstreuen Klumpen niederknüpfen. Während es vor der Hütte nichts mehr zu tun gab, da unser Kamerad Hansmann auf längst vorher alle Reuegierigen von der Strafe vertrieben hatte, kam es am Bahnhof zu einigen Verhaftungen. Kein Mensch wußte etwas von der Ankunft des Militärs und da zufällig am Bahnhof ein Wandlerkinoapparat aufgestellt ist, war der Bahnhofsplatz naturgemäß noch belebt und so ereigte das zahlliche Erscheinen des Militärs und das Laden der Gewehre die Gemüter und sorgen einige böhmische Rufe gegen die Soldaten ausgestoßen! An den beiden Hüttentoren standen die Gewehre Laden, die Sturmiemen herunter und dann im Laufschritt nach dem Hüttenposten jedem ebenfalls die Papiere holten sollten, was auch vollständig gelahmt. Die Verhauptung wollte man nichts wissen. Der Lohn beträgt jetzt 3,15 Mark im Schichtlohn bis 3,75 Mark im Gedinge. Auch konnten die Verhandlungen, welche am 13. Oktober zwischen dem Arbeiterausschuß und der Direktion fanden, zu keiner Einigung führen. Am Freitag, den 15. Oktober, wurde wiederum verhandelt, mit dem gleichen Resultat, wo der Arbeiterausschuß die Entlassung erhielt, mit der Motivierung, daß die Arbeiter sich am Sonntag ebenfalls abmarschieren würden. Die Gewerkschaften haben den Soldaten gehänselt, die Belegschaft durch diese Plakataufrufe einschüchtern zu können, womit sie kein Glück hatten. Die Kameraden wölkten sich lieber andere Arbeit suchen, als für einen derartigen Lohn in der Hütte schufteten. Die Förderung wird nun durch eine Kameradschaft betrieben und die Fabrik, denen früher die Förderlohn zu schlecht war, müssen sich jetzt mit Staub beginnen, in der schon jahrelang auf der Halde liegt und fast schon nichts ist. Die öffentliche Meinung ist ebenfalls auf Seiten der Streitenden und eine bürgerliche Zeitung wünscht in Fürstenwalde den Streitenden den besten Erfolg. Die Kameraden aber müssen den Zugang nach Mauern bei Fürstenwalde fern halten.

Protestbewegung gegen den Arbeitsnachweis.

Am gestrigen Sonntag begann verbandsseitig im Ruhrgebiet die Protestbewegung der Fahrberaleute gegen den Zwangsarbeitsnachweis.

Wittenheim erhobte den Reigen mit einer großen Versammlung. Die gestern nachmittag in Saale der Witte Ried stattfand. Die Versammlung war von etwa 1000 Personen besucht. Kamerad Hüttemann referierte über das Thema: „Das Attentat auf das Freiheitsschein und Organisationsrecht der Bergarbeiter“. Redner ließ die früheren Verschärfungen der Zechenherren, die Bergarbeiterlichkeit in Goslar zu schlagen, Revue passieren: Schwere Lizenzen, Einrichtung von Zechenwohnungen, Errichtung der zentralen Knappfestsitzung, „Zahrtzulassungen“, Zuarbeitung der Bettstattungen der Arbeitsordnung bei Gedingsfestlegungen, Entzweiung der Bettstattungen der Arbeitsordnung bei Gedingsfestlegungen. Und um läuft als letzter und gefühltester Schlag der einzige Zwangsarbeitsnachweis. Dieser sollte das letzte Glied abgeben zu dem eisernen Ring, in dem man die Bergarbeiter schlagen wolle, und nicht nur im Ruhrgebiet! Die anderen Reviere sollen und werden folgen, wenn es nicht gelingt, hier den Schlag zu parieren.

Redner beleuchtet die einzelnen Bestimmungen, soweit sie bisher bekannt geworden sind, verweist auf die Erfahrungen, die in anderen Revieren damit gemacht wurden. Es mahnt die Versammlung, die Gefahr so nicht zu unterschätzen. Es gelte jetzt, sich schlemig zur Abwehr zu rüsten. Diese sei nur möglich durch eine starke Organisation.

Zu der Diskussion sprachen mehrere Kameraden im Sinne des Revieres und forderten auf, die bürgerliche Presse aufzubestellen und an deren Stelle die Arbeiterpresse zu halten, die allein in den Kämpfen der Arbeiterlichkeit dieser zur Seite stehe.

Nach einem trostlichen Schlusswort des Referenten, in dem er den Kampf im Mansfeldischen Revier streifte, dabei unter stürmischer Entstaltung eines Aufstehens von Maschinengewehren gejagt, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute tagende Bergarbeiterversammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen das Vorhaben der Grubenbesitzer, einzige Arbeitsnachweise einzuführen, die schwere wirtschaftliche und persönliche Gefahren für die gesamte Bergarbeiterlichkeit heraufbeschwören müssen. Die Satzung, wie sie der Zechenverband für das beabsichtigte Arbeitsnachweiseinstiftung zugrunde gelegt hat, zeigt nichts weiteres, als die Arbeit der Grubenbesitzer, die Arbeitsnachweise zu Maßregelungs- und Streitbrecherbureaus zu benutzen bzw. auszubauen. Die Versammlung sieht in diesem Bestreben weiter die beabsichtigte strafreiche Organisation des Schwarzen-Lizenzen-Systems. Durch diese Art Arbeitsnachweise haben die Wertschreiter es auch in der Hand, die Freiheitigkeit der Bergarbeiter geradezu illusorisch zu machen, ferne freudigen eingerückten Arbeitern sowie einheimischen Arbeitnehmern schlechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzutrotzen. Die Versammlung ist empört über einen falschen Versuch, den Bergarbeitern die wirtschaftliche und persönliche Freiheit zu rauben zu wollen. Die Versammlung würde nur dann der Einrichtung von Arbeitsnachweisen zustimmen, wenn diese die volle Parität in sich schließen, d. h. wenn die Bergarbeiterorganisationen zu gleichberechtigter Mitverwaltung herangezogen würden, oder wenn die Arbeitsnachweise gelegentlich auf paritätischer Grundlage eingeführt würden. Den jeglichen Vorhaben der Grubenbesitzer hingegen werden sich die Arbeiter mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln widersetzen. Da es sich um eine einschneidende Lebensfrage für die Bergarbeiter handelt, so fordert die heutige Versammlung alle Bergarbeiter auf, sich unverzüglich dem Bergarbeiterverbande anzuschließen, denn die vorliegenden Differenzen in der Freiheit des Arbeitsnachweises können zu schweren Kämpfen zwischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern führen, sich in den Verband aufzunehmen.

ernstlichen Abschüttungen nicht getroffen werden und willde General von Albrecht, der ihn die Soldaten ins Fluhrerei, ins Streitgebiet führte, auch von hier berichten: „Im Streitgebiet alles zu tun, in Russland der Bergarbeiter.“

Überall hält man die Streikboten und Radfahrer an, verbietet den von den Streikleinern errungenen Ordnungsmännern das Weitertragen der weißen Armbinden, an denen man bisher keinen Anstoß genommen hat. Die seitengeschwätzige Polizei wird an ihrer Tätigkeit gezeigt, mit die bewaffnete Lituanie soll gelten. Es ist aber den Bergarbeitern gelungen wird, durch die Militär und verstärkte Gendarmerieaufgabe, den Streit niedergezuwerfen, durchwegs besiegt werden. Doch das steht fest: diese Behandlung vergrößert die Massen der Bergarbeiter niemals. Sie, die bisher als Muster der Arbeitstreue gepriesen worden sind, werden durch die bewaffnete Stadt zur „Erziehung“ gebracht, sie, die nie sozialdemokratisch gewählt haben, werden dennoch an dem Tage, wo sie ihre gesetzlichen Rechte haben, gegen sie angetreten.

Der Regierungspräsident, Herr v. Henck aus Meseburg, der Landrat v. Höhne und Mensfeld, der Bürgermeister Oppermann aus Hettstedt und Dr. Vogelsang treten am 22. morgens kurz nach 5 Uhr vor der Kupferhammernhütte ein, um sich die „Gewaltstaten“ der Streitenden unter dem Schutz der Kavallerie ansehen, müssen jedoch abziehen, ohne auch nur einen Streitenden gesehen zu haben! Nur einen Ordnungsmann hielten sie an und befahlen ihm, die weiße Armbinde abzunehmen. Darauf hielten die vier Herren im Käfighof zu Hettstedt eine längere Konferenz ab, deren Ergebnis noch nicht bekannt ist. Später wurden die Herren Kommisare nach Hettstedt beordnet, um Bergarbeiteraufzügen entgegenzutreten. Man vermittelte, daß die Verhängung eines Bergarbeiteraufzuges ins Auge gefasst werden, doch waren am Nachmittag irgendwelche Aufflüsse nicht bekannt.

Auflösung der Werkwohnungen. Denjenigen Streitenden, welche Werkwohnungen innehaben, ging folgendes handschriftliche Schreiben der Bergarbeiterverwaltung zu:

„Sie werden als gewerkschaftlicher Arbeiter ausgeschieden sind, haben Sie die von Ihnen bewohnte gewerkschaftliche Wohnung laut § 3 Absatz 3 des Mietvertrages, bis zum 1. Dezember d. J. zu räumen, diefelbe ist von genanntem Zeitpunkt außerweit vermietet.“

Die Zahl der Streitenden ist nach den Streiklisten festgestellt am 23. Oktober auf 7018 gelungen, das ist etwa 1/3 der bei der Gewinnung der Erze überhaupt beschäftigten Arbeiter. Das Revier ist jetzt mit Militär und Gendarmerie überwacht. Jetzt sind auch Kavallerie ins Revier eingezogen. Die freienden Bergarbeiter geben den Soldaten selbstverständlich keine Gelegenheit, ihre Waffen zu erproben. Das wäre auch der reine Wahnsinn. Der Berichterstatter vom „Tag“ muß mit dem von ihm befürchteten Blutbad noch etwas warten. Wer die Berichte im „Tag“ über den Streik liest, muß leicht auf den Gedanken kommen, daß der Spezialberichterstatter noch soviel im Revier von Sonnenuntergang ereilt worden ist. Wenn die Streikassen kein Geld mehr haben, soll das beschützte Blutbad entstehen.

Wer so etwas liest, dem ist das Geld leid, das der „Tag“ für diese Spezialberichterstattung aufwirft. Ganz umsonst ist selbstverständlich das Militär nicht da. Es begleitet die „Arbeitswilligen“ zur Grube, holt sie ab, macht Übungen, auch öffentlich. Aus Eisleben berichtet man uns, daß ein junges Mädchen der Soldaten gehänselt wurde. Das Mädchen wurde verhaftet und von fünf Soldaten, die ihr Zeitengewehr aufgespannt hatten, nach der Wache eskortiert. „Vom Revier, seid ihr stark!“ So rief das junge Ding den Soldaten zu.

Rauen. Am Dienstag, den 12. Oktober, trat die Belegschaft der Grube Grubenreich in den Außstand. Trotzdem die Belegschaft bis auf den letzten Mann organisiert ist, blieben 7 Männer in der Grube, während die Kameraden hatten Forderungen gestellt um Lohnsteigerung von 9 Prozent

Verbandsnachrichten.

Den Zeitungsserien steht diese Woche ein Antritt bei. Die Zeitungen werden erachtet, dasselbe an den 1. Vertrauensmann abzugeben. Die Auflage des jetzt noch geltenden Verbandsstatut ist vollständig vergriffen. Wir können den neu eintretenden Mitgliedern kein Statut vorlegen. Das neue Statut ist im Druck und wird dasselbe sofort nach Fertigstellung sämtlichen Mitgliedern zugesandt. Der Vorstand.

Bibliotheken.

Gladbeck II. Die Bücherausgabe findet jeden Sonntag von 10 bis 11 Uhr im Rechtsbüro statt. Die Bücherausgabe ist wieder eröffnet. Die Bücherausgabe erfolgt jeden Sonntag, vormittags von 11–12 Uhr, im Lokal des Herrn Schulte (Stellvertreter Riehlung), Helfmeyer 45.

Kentorf. Die Bücherausgabe findet jeden Sonntag von 10–11 Uhr beim Kameraden Wasmann, Albrechtstraße 42, statt.

Merne S. Langendreer. Die Bücherausgabe befindet sich in der Wohnung des Kameraden Alba in Vreule, Sedanstraße 88. Die Bücherausgabe erfolgt jeden Sonntag von 12–1 Uhr.

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit der Revisorin unblüte Wege erspart bleiben:

Brambauer. Im Monat November.

Denken. Vom 1. bis 25. November.

Drinckop. Vom 10. bis 20. November. Zu diesem Zweck werden sämtliche Bücher eingezogen.

Märkenthal. Sonntag, den 7. November.

Neudorf. Vom 1. bis 15. November.

Oberhausen III. Vom 1. bis 15. November.

Ober-Sprockhövel. Vom 1. bis 20. November.

Delmen. Im Monat November.

Godingen. Vom 10. November an.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Bochum VI. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, vormittags von 11–12 Uhr, in der Wohnung des Kassierers Vergmannstr. 5. Delmen. Jeden Dienstag von morgens 9–8 Uhr nachmittags in der Wohnung des Vertrauensmannes J. h. Beck, Gartenstraße 6.

Kranzpendemarken.

In folgenden Zahlstellen werden Kranzpendemarken à 10 Pf. gesucht:

Brambauer. Im Monat November.

Gladbeck II. Im Monat November.

Godelde. Im Monat November.

Helsen. Im Monat November.

Zollfondssammlung.

Delmen. Im Monat November.

Süderwick. Im Monat November.

Achtung! Bergarbeiter Achtung!

„Das Attentat auf das Freizügigkeits- und Organisationsrecht der Bergarbeiter“

so lautet das Thema, über welches in folgenden öffentlichen

Bergarbeiter-Versammlungen

gesprochen wird, und zwar am Sonntag, den 31. Oktober 1909:

Bochum. Nachm. 4 Uhr, im gr. Saale des Schilzenhofes, Kastropstr.

Brückhausen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Brink.

Dortmund. Nachmittags 3 Uhr, auf der „Hobertsburg“.

Gelsenkirchen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Ingenhaag.

Hamm. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Höner.

Kamen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Götz.

Kastrop-Rauxel. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Bartling.

Lütgendortmund. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Buschkamp.

Massen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Peter Spies.

Overhausen. Vorm. 11 Uhr, im Saale des Herrn Weber, Duisburgerstr.

Recklinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Stadel.

Montag, den 1. November 1909 (Allerheiligen):

Asberg-Hochheide. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn P. Lissen.

Herne. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Kampmeier.

Hörsthausen. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Möller, Ludwigstr.

Wanne. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Küpper.

Kameraden! Bergarbeiter erscheint in Massen in diesen Versammlungen! Es gilt, den

Wertesässigkeiten, der Feindseligkeit und der Regierung zu zeigen, daß ihr nicht gewillt seid,

end das neue Sklavenjahr auszuhören zu lassen. Nur die Massenerhebung der Bergarbeiter

samt den Schlägern, welche die Werksherrn gegen die Bergarbeiter führen wollen, parieren

und die Regierung veranlassen, vermittelnd einzutreten. Kameraden, es gilt unsere elemen-

tarsten Menschenrechte zu verteidigen! Darauf bleibe keiner zu Hause. Auf zum Protest!

Auf in die Versammlungen, Mann für Mann!

Die Einberufer.

So lange ich denken kann,

war ich nur ein halber Mensch.

Ich bin jetzt müde und abgebrannt gewesen, hatte, obwohl ich blauäugig war, immer Blauäugige und jah aus wie der Tod. Das ganze Jahr war ich in trügerischer Beobachtung, nahm alle möglichen blauäugigen Mittel ein, aber von einer Befreiung war keine Spur. Mit der Zeit wurde ich melancholisch. Ein Freund von mir bestellte für mich 30 Flaschen Lampeider Stahlbrunnen; schon nach der fünften Flasche bemerkte ich eine wesentliche Befreiung. Ich wurde lebhafter, fröhlicher. Nachdem ich alle Flaschen gebräucht hatte, war ich ein anderer Mensch. Wenn ich mich abends zu Bett legte, war ich nicht so müde als früher, denn ich mochte anstrengen. Und das dachte ich nach: Gott schenke mir wunderbare Wege.“ Mit Freunden teilte ich Ihnen mit, daß ich eine Kur gemacht und die ersehnte Heilung gefunden habe.“ „Das Wasser kam mir ein rettender Engel, in mir war glücklich, das es mir so gut geht.“ Der Stahlbrunnen hat bei meiner Frau bei „Heilung geholfen“, „es ist für alte Leute eine wahre Schatzkiste“. Das Wasser ist eines“ Stahl und steht heimwärts wenig einzigt in seiner Art auf der ganzen Welt da.“ Sothe“ Worte der Anerkennung“ nach erfolgreichen Kuren sind der reiche Beweis für die treue“ Erfahrung“ dieser heiligen Tränken im Hause mit Lampeider Stahlbrunnen waren empfohlen. Keine Verzögerung. Ausführliche Mitteilungen über Erfolge und Anwendungsbereich richten Sie durch die Verwaltung des Lampeider Stahlbrunnens in Düsseldorf SW. 194.

Achtung! Achtung!

Bei Versammlungen an der Am Stadtwall 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 77